

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2012 — 172

[2011/206334]

6. DEZEMBER 2011 — Dekret zur Förderung der Jugendarbeit

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen.

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Kinder: Menschen im Alter von 4 bis 11 Jahren;
2. Jugendliche: Menschen im Alter von 12 bis 30 Jahren;
3. junge Menschen: Kinder und Jugendliche;
4. nicht formales Lernen: Lernen, das in planvolle Tätigkeiten eingebettet ist, die nicht explizit als Lernen bezeichnet werden (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung), jedoch ein ausgeprägtes "Lernelement" beinhalten. Nicht formales Lernen ist im Allgemeinen intentional aus Sicht der Lernenden und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung;
5. informelles Lernen: Lernen, das im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit stattfindet. Es ist (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung) nicht organisiert oder strukturiert. Informelles Lernen ist in den meisten Fällen nichtintentional und führt normalerweise nicht zur Zertifizierung;
6. Selbstwirksamkeitserfahrungen: Erfolgserfahrungen, die durch Wertschätzung zu Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten führen im Hinblick auf Initiativegeist, Kreativität und kulturelle Aktivität;
7. Gestaltungskompetenzen: die Motivation und die Fähigkeit, gemeinsam mit anderen das Lebensumfeld ausgehend von einer Situationsanalyse nachhaltig zu gestalten;
8. Jugendarbeiter: qualifizierte Person, die beruflich Jugendarbeit betreibt;
9. ehrenamtlicher Jugendleiter: Person, die eine freiwillige und unentgeltliche Jugendarbeit innerhalb einer Jugendeinrichtung betreibt;
10. Anerkennungsnachweis: die von der Regierung ausgestellte Urkunde zur individuellen Anerkennung einer genehmigten Grundausbildung und Weiterbildung;
11. Aus- und Weiterbildungen: Aus- und Weiterbildung für Jugendliche sowie für ehrenamtliche Jugendleiter, Praktikumsbegleiter und Jugendarbeiter, die in der Jugendarbeit im deutschen Sprachgebiet tätig sind;
12. Jugendeinrichtung: eine Jugendorganisation, ein Jugendinformationszentrum, ein Träger der Offenen Jugendarbeit oder das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
13. Jugendgruppe: Organisierte Gruppe einer Jugendorganisation, die in einer bestimmten Gemeinde oder einem bestimmten Dorf Aktivitäten für junge Menschen durchführt;
14. Träger der Offenen Jugendarbeit: eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die in einer Gemeinde mit der Offenen Jugendarbeit beschäftigt ist;
15. Standort: Räumlichkeit, in dem Trefferarbeit stattfindet, um die in Artikel 2 Absätze 2 und 3 beschriebene Jugendarbeit umzusetzen.

Art. 2 - Gegenstand.

Dieses Dekret regelt die Förderung junger Menschen, der Jugendarbeit, der Jugendeinrichtungen und des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Organisation von Aus- und Weiterbildungen für Jugendliche sowie für in der Jugendarbeit tätige Personen im deutschen Sprachgebiet.

Jugendarbeit findet im außerschulischen Bereich und im Rahmen besonderer Freizeitaktivitäten statt und beruht auf Prozessen des nicht formalen und informellen Lernens und auf freiwilliger Teilnahme.

Jugendarbeit fördert durch geeignete Angebote die individuelle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse.

Art. 3 - Gleichheit der Geschlechter.

Alle in vorliegendem Dekret verwendeten Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Art. 4 - Strategieplan.

Die Regierung verabschiedet für jede Legislaturperiode einen fachübergreifenden Strategieplan und setzt diesen um. Er erfasst die Lebensräume junger Menschen auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft und legt nähere Ziele und Aufgaben fest, die dazu beitragen, die Situation junger Menschen zu verbessern. Der Strategieplan wird im Januar des Jahres, das der Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgt, veröffentlicht und gilt ab dem darauffolgenden Jahr.

Die Regierung beteiligt die geförderten Jugendeinrichtungen und den Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie junge Menschen am Erstellen des Strategieplans. Dabei sind auch die Ergebnisse der einmal in jeder Legislaturperiode durch die Regierung zu erstellenden Sachstandanalyse und Evaluierung des vorigen Strategieplans sowie der von den Trägern der Offenen Jugendarbeit zu erstellenden Sozialraumanalysen einzubeziehen.

Die Regierung legt dem Parlament den Strategieplan zwecks Genehmigung vor.

KAPITEL 2 — Förderung der Jugendeinrichtungen

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 5 - Allgemeine Förderkriterien.

§ 1 - Nach Maßgabe dieses Dekrets werden Jugendeinrichtungen gefördert, die:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konstituiert sind;
2. satzungsmäßig interessierte Jugendliche aufnehmen;
3. in der Jugendarbeit im deutschen Sprachgebiet tätig sind;
4. den jungen Menschen das Sammeln von Selbstwirksamkeitserfahrungen und das Erlernen von Gestaltungskompetenzen ermöglichen;
5. die Partizipation junger Menschen in ihrer Einrichtung unterstützen;
6. Angebote und Maßnahmen durchführen, die die Bedürfnisse der jungen Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellen;
7. die besonderen Belange von jungen Menschen in benachteiligten Lebenswelten, von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und jungen Menschen mit einer Behinderung berücksichtigen;
8. mindestens vier der unter § 2 genannten Schwerpunkte umsetzen;
9. seit mindestens einem Jahr bestehen und Aktivitäten durchführen;
10. gewährleisten, dass die Aktivitäten von Jugendarbeitern oder ehrenamtlichen Jugendleitern betreut werden;
11. über die zur Durchführung der Aktivitäten notwendige Infrastruktur im deutschen Sprachgebiet verfügen;
12. eine ordentliche und jederzeit einsehbare autonome Buchführung vorweisen, die eine finanzielle Kontrolle ermöglicht;
13. jährlich bis zum 31. März eine Bilanz und eine Ergebnisrechnung des vorigen Geschäftsjahres sowie einen Haushaltsplan für das nächste Geschäftsjahr bei dem durch die Regierung beauftragten Dienst einreichen;
14. ihre Mitglieder und die Bevölkerung regelmäßig über ihre Aktivitäten informieren.

§ 2 - Schwerpunkte der Jugendarbeit sind:

1. die gesellschaftspolitische und soziale Bildung als Förderung des Interesses an gesellschaftspolitischer Beteiligung, der Fähigkeit zu kritischer Beurteilung gesellschaftspolitischer Vorgänge und der Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung gesellschaftspolitischer Vorgänge;
2. die kulturelle Jugendarbeit als Förderung der Kreativität und kultureller Ausdrucksformen;
3. die freizeitorientierte Jugendarbeit als Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung durch Sport, Spiel und Bewegung;
4. die Medienarbeit als Förderung der Medienkompetenz zur kritischen und bewussten Nutzung der Medien;
5. die interkulturelle Jugendarbeit zur Förderung der interkulturellen Kompetenz und der Identitätsfindung;
6. die geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit zur Förderung der Chancengerechtigkeit und der Überwindung von Geschlechterstereotypen;
7. die zwischengemeinschaftliche und internationale Jugendarbeit zur Förderung der innerbelgischen und internationalen Verständigung, der Friedenssicherung und der europäischen Identität.

Ausgehend von der Freiwilligkeit der Teilnahme von jungen Menschen erfüllen geförderte Jugendeinrichtungen ihre Aufgaben im Rahmen dieser Schwerpunkte in eigener Verantwortung und unter Nutzung der Methodenvielfalt.

§ 3 - Wenn Jugendeinrichtungen Jugendarbeiter auf Grundlage dieses Dekrets beschäftigen, müssen diese Jugendarbeiter folgende Bedingungen erfüllen:

1. einen Auszug aus dem Strafregister vorweisen, der keine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von über sechs Monaten beinhaltet;
2. a) entweder im Besitz eines Hochschuldiploms im sozialpädagogischen Bereich sein;
b) oder im Besitz des Abiturs oder des Gesellenzeugnisses sein, eine ausreichende Animationspraxis nachweisen und sich verpflichten, nach der Anstellung als Jugendarbeiter eine Ausbildung im Bereich der Sozialpädagogik abzuschließen, die von der Regierung auf Vorschlag der Jugendkommission genehmigt wird.

Auf begründeten Vorschlag der Jugendkommission kann die Regierung:

1. andere als die in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) genannten Diplome für gleichwertig anerkennen;
2. Ausbildungen in einer anderen als der in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b) genannten Fachrichtung genehmigen, um einen spezifischen Bedarf zu decken.

Art. 6 - Zusatzzuschüsse.

Zusätzlich zu den in den Artikeln 13, 21, 28 und 34 genannten Pauschalzuschüssen kann geförderten Jugendeinrichtungen ein Zuschuss für besondere Projekte oder interne Weiterbildungen gewährt werden. Dem Jugendrat kann zusätzlich zu dem in Artikel 48 genannten Pauschalzuschuss ein Zuschuss für besondere Projekte gewährt werden.

Als besondere Projekte gelten Vorhaben, die gleichzeitig:

1. von besonderem Interesse für die Deutschsprachige Gemeinschaft sind und
2. mit außergewöhnlichen Kosten verbunden sind.

Den Anträgen für besondere Projekte oder interne Weiterbildungen sind eine detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung sowie eine Beschreibung des Vorhabens beizufügen.

Art. 7 - Anpassung der Beträge.

Die Regierung kann den Betrag der einzelnen Zuschussarten an die verfügbaren Haushaltsmittel anpassen.

Abschnitt 2 — Förderung der Jugendorganisationen

Art. 8 - Förderkriterien für Jugendorganisationen.

Förderfähig sind Jugendorganisationen, wenn sie:

1. die in Artikel 5 genannten allgemeinen Förderkriterien erfüllen;
2. an junge Menschen gerichtete Aktivitäten hauptsächlich an Wochenenden und in den Schulferien durchführen, wobei Sitzungen, die der Verwaltung der Jugendorganisation dienen, nicht als Aktivitäten im Sinne dieser Vorschrift gelten;
3. über ein durch die Regierung gemäß Artikel 10 genehmigtes Konzept verfügen;
4. jährlich am in Artikel 11 genannten Wirksamkeitsdialog teilnehmen.

Art. 9 - Konzept.

Das Konzept gilt für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans und umfasst mindestens:

1. eine Stärken- und Schwächenanalyse;
2. die Beschreibung der Umsetzung von mindestens vier der in Artikel 5 § 2 genannten Schwerpunkte;
3. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort;
4. die Beschreibung der Schwerpunkte und der Zukunftsvision der Jugendorganisation;
5. das Leitbild der Jugendorganisation und ihren Aufbau;
6. die Beschreibung der internen Kommunikationsvorgaben, gegebenenfalls auch im Hinblick auf den Austausch zwischen internen Jugendgruppen;
7. die Beschreibung des Plans zur Gewährleistung einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit;
8. die Beschreibung der Methode zur Unterstützung und pädagogischen Begleitung der Jugendarbeiter und ehrenamtlichen Jugendleiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Konzepts festlegen.

Art. 10 - Genehmigung des Konzepts.

Spätestens am 31. Mai des Jahres, in dem der Strategieplan veröffentlicht wird, legt eine bereits geförderte Jugendorganisation der Regierung ein Konzept vor, das den in den Artikeln 5 und 8 genannten Förderkriterien entspricht.

Jugendorganisationen, die noch keine Förderung durch die Regierung erhalten haben, können ihr Konzept bis spätestens 31. Mai eines jeden Jahres einreichen. Das Konzept muss den in den Artikeln 5 und 8 erwähnten Förderkriterien entsprechen.

Die Regierung prüft das Konzept und genehmigt es gegebenenfalls spätestens am 31. August des Jahres, in dem das Konzept eingereicht wurde. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5, 8 und 9 versehen werden.

Das Konzept wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung folgt, und gilt bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem ein neuer Strategieplan veröffentlicht wird.

Art. 11 - Wirksamkeitsdialog.

Jährlich im Oktober findet ein Wirksamkeitsdialog zwischen Vertretern eines durch die Regierung beauftragten Dienstes und Vertretern der geförderten Jugendorganisation statt, an dem auch Mitglieder des Verwaltungsrates teilnehmen müssen. Dabei werden erörtert:

1. die Umsetzung des Konzepts;
2. das im Vorjahr Geschehene;
3. die eventuelle Beantragung von Zusatzzuschüssen;
4. gegebenenfalls die in Artikel 14 genannten Lagerberichte.

Der durch die Regierung beauftragte Dienst erstellt ein Protokoll des Wirksamkeitsdialogs, das Auskunft über die in Absatz 1 Nummern 1 bis 4 genannten Punkte gibt und eine Zielvereinbarung für das nächste Jahr enthält. Das Protokoll wird der Jugendorganisation übermittelt.

Art. 12 - Kategorien.

§ 1 - Jugendorganisationen werden in sechs Kategorien eingestuft.

§ 2 - Jugendorganisationen werden in die Kategorie I eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 50 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;
3. durchschnittlich mindestens drei Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen.

Jugendorganisationen werden in die Kategorie II eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 100 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;
3. durchschnittlich mindestens drei Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen.

Jugendorganisationen werden in die Kategorie III eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 100 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;
3. durchschnittlich mindestens drei Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen;

4. Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 während der Sommerschulferien durchführen;
5. in mehreren Gemeinden des deutschen Sprachgebiets tätig sind.

Jugendorganisationen werden in die Kategorie IV eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 300 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;

3. durchschnittlich mindestens zehn Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen;

4. mindestens 20 Tage Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 während der Sommerschulferien durchführen;

5. in mehreren Gemeinden des deutschen Sprachgebiets tätig sind.

Jugendorganisationen werden in die Kategorie V eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 600 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;

3. durchschnittlich mindestens 15 Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen;

4. mindestens 30 Tage Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 während der Sommerschulferien durchführen;

5. in mehreren Gemeinden des deutschen Sprachgebiets tätig sind.

Jugendorganisationen werden in die Kategorie VI eingestuft, wenn sie:

1. gemäß den Artikeln 5 und 8 förderfähig sind;
2. jährlich mindestens 1 000 junge Menschen als Mitglieder nachweisen können;
3. mindestens ein Vollzeitäquivalent als Jugendarbeiter beschäftigen;

4. durchschnittlich mindestens 30 Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 im Monat außerhalb der Sommerschulferien durchführen

5. mindestens 60 Tage Aktivitäten im Sinne von Artikel 8 Nummer 2 während der Sommerschulferien durchführen;

6. in mehreren Gemeinden des deutschen Sprachgebiets tätig sind.

§ 3 - Eine Änderung der Kategorie anhand der Anzahl junger Menschen, die Mitglied einer Jugendorganisation sind, kann nur erfolgen, wenn die Anzahl während zwei aufeinanderfolgenden Jahren nachgewiesen werden kann.

Art. 13 - Zuschuss für Jugendorganisationen.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie I erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 2.500 Euro.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie II erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 10.000 Euro.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie III erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 15.000 Euro. Bei Beschäftigung von 0,5 Vollzeitäquivalent als Jugendarbeiter erhalten Jugendorganisationen der Kategorie III zusätzlich eine jährliche Pauschale von 20.000 Euro.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie IV erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 20.000 Euro. Eine zusätzliche jährliche Pauschale wird bei Beschäftigung von Jugendarbeitern gewährt:

1. für 0,5 Vollzeitäquivalent: 20.000 Euro oder
2. für ein Vollzeitäquivalent: 40.000 Euro.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie V erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 30.000 Euro. Eine zusätzliche jährliche Pauschale wird bei Beschäftigung von Jugendarbeitern gewährt:

1. für 0,5 Vollzeitäquivalent: 20.000 Euro oder
2. für ein Vollzeitäquivalent: 40.000 Euro.

Förderfähige Jugendorganisationen der Kategorie VI erhalten einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 70.000 Euro. Neben der verpflichtenden Beschäftigung von einem Vollzeitäquivalent als Jugendarbeiter kann bei Beschäftigung von zusätzlichen Jugendarbeitern eine jährliche Pauschale gewährt werden:

1. für 0,5 Vollzeitäquivalent: 20.000 Euro oder
2. für ein Vollzeitäquivalent: 40.000 Euro.

Art. 14 - Zuschuss für Jugendlager.

Für jede Jugendgruppe einer geförderten Jugendorganisation, die ein Jugendlager organisiert, muss die Jugendorganisation folgende Bedingungen erfüllen:

1. vor dem 1. Juni des Jahres der Durchführung der Jugendlager einen ausgefüllten Vordruck pro Jugendlager einreichen, dessen Modell die Regierung festlegt, und das Auskunft über die Anzahl junger Menschen, ihr Alter, den Namen der Gruppen, den Ort, die Namen und die Anzahl Jugendleiter und den Tagesablauf gibt;

2. das Jugendlager zwischen dem 15. Juni und dem 31. August organisieren;

3. eine pädagogische Betreuung gewährleisten, wobei mindestens zwei ehrenamtliche Jugendleiter für die Begleitung von 24 jungen Menschen vorgesehen werden müssen. Ein ehrenamtlicher Jugendleiter muss Inhaber eines von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder von einer anderen inländischen oder ausländischen Behörde ausgestellten "Anerkennungsnachweises ehrenamtliche Jugendleiterin" oder "Anerkennungsnachweises ehrenamtlicher Jugendleiter" sein, wobei Jugendleiter, die ein sozial-pädagogisches Studium begonnen oder abgeschlossen haben, gleichgestellt sind. Der zweite ehrenamtliche Jugendleiter muss den ersten Ausbildungszyklus gemäß Artikel 39 § 1 Absatz 2 abgeschlossen haben;

4. pro Jugendlager einen hauptverantwortlichen Jugendleiter beauftragen, der mindestens 18 Jahre alt ist;

5. pro Jugendlager einen Jugendleiter beauftragen, der für die medizinische Betreuung und die Hygiene zuständig ist. Der Jugendleiter muss einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert haben. Dieser besteht aus mindestens einem spezifischen Erste-Hilfe-Kurs für Jugendlager und umfasst eine Mindestdauer von sechs Stunden. Es muss ein Gesundheitsordner geführt werden;

6. eine Unfallversicherung für alle Jugendleiter und Teilnehmer des Jugendlagers abschließen;

7. einen vom Vermieter gestellten Brandschutzbericht mit Angaben über Notausgang und Feuerlöscher vorweisen können;

8. die Kontrolle durch einen durch die Regierung beauftragten Dienst vor Ort zulassen.

Jährlich bis spätestens 30. September reicht die geförderte Jugendorganisation ihre Jugendlagerberichte gebündelt bei dem durch die Regierung beauftragten Dienst ein. Die Regierung legt Form und Inhalt der Berichte fest.

Für die Durchführung von Jugendferienlagern können geförderte Jugendorganisationen eine Pauschale von 1 Euro pro Tag und pro teilnehmenden jungen Menschen erhalten.

Die Pauschalsumme wird jährlich aufgrund des Mittelwerts der Anzahl teilnehmender junger Menschen und Jugendlagertage der letzten drei Jahre festgelegt.

Abschnitt 3 — Förderung der Jugendinformationszentren

Art. 15 - Flächendeckendes Informationsangebot.

Die Regierung sorgt im Rahmen der in Artikel 19 genannten Leistungsaufträge dafür, dass ein Angebot an Jugendinformation für das gesamte deutsche Sprachgebiet bereitgestellt wird. Es kann höchstens einen Leistungsauftrag für den Kanton Eupen und einen Leistungsauftrag für den Kanton Sankt Vith geben.

Art. 16 - Zielsetzung der Jugendinformationszentren.

Geförderte Jugendinformationszentren stellen Informationen zur Verfügung, die auf ihre Richtigkeit überprüft, zuverlässig, vollständig, neutral und für alle zugänglich sind. In Form und Inhalt ist die Information den Bedürfnissen Jugendlicher angepasst. Die Zentren bieten den jungen Menschen ständige und aktuelle Information an und unterstützen sie bei der eigenen Suche nach Information.

Die Jugendinformationszentren leisten Projektarbeit in allen Gemeinden des jeweiligen Kantons mit dem Ziel, ihre Dienstleistungen vor Ort zu erbringen.

Außerdem tragen die geförderten Jugendinformationszentren zur wissensbasierten Jugendpolitik bei durch Erfassung und Aufbereitung vorhandenen Wissens in Bezug auf Jugendliche und Jugendinformation.

Art. 17 - Konzept.

Geförderte Jugendinformationszentren erstellen unter Beteiligung von Jugendlichen und der Gemeinden des jeweiligen Kantons ein Konzept.

Das Konzept gilt für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans und umfasst mindestens:

1. die Beschreibung der Umsetzung von mindestens vier der in Artikel 5 § 2 genannten Schwerpunkte;
2. die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 16 genannten Zielsetzung;
3. die Beschreibung der Umsetzung der aus den Sozialraumanalysen der Offenen Jugendarbeit des jeweiligen Kantons resultierenden spezifischen Ziele und Methoden;
4. die Beschreibung der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort;
5. Angaben zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den für die Information der Jugendlichen erforderlichen Partnern;
6. die Vorgehensweise zur Evaluierung der Qualität der Struktur und des Angebots sowie der Arbeit der Mitarbeiter.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Konzepts festlegen.

Art. 18 - Genehmigung des Konzepts.

Spätestens am 31. März des Jahres, in dem der Strategieplan veröffentlicht wird, legt das Jugendinformationszentrum der Regierung ein Konzept vor, das den in den Artikeln 5 und 16 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen entspricht. Die Regierung unterbreitet das Konzept dem in Artikel 20 genannten Begleitausschuss zur Stellungnahme.

Die Regierung prüft das Konzept und genehmigt es gegebenenfalls spätestens am 30. September des Jahres, in dem der Strategieplan veröffentlicht wird. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5 und 17 versehen werden, die auf der Stellungnahme des Begleitausschusses beruhen.

Das Konzept wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung durch die Regierung folgt, und gilt bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem ein neuer Strategieplan veröffentlicht wird.

Art. 19 - Leistungsaufträge.

§ 1 - Die Förderung der Jugendinformationszentren erfolgt mittels eines Leistungsauftrags. Vertragspartner sind die Regierung sowie die Gemeinden und das Jugendinformationszentrum des jeweiligen Kantons.

§ 2 - Der Leistungsauftrag enthält praktische Ausführungsmaßnahmen zur Umsetzung des in Artikel 17 genannten Konzepts. Er enthält:

1. die Verpflichtungen jedes Vertragspartners;
2. die Arbeitsaufgaben und den Arbeitseinsatz des Jugendarbeiters;
3. die Angaben zur Verwaltung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur;
4. die Zusammensetzung, die Arbeitsweise, die Einberufung und die Aufgaben des Begleitausschusses;
5. die Angaben zu den Finanzmitteln;
6. die Kontroll-, Abänderungs- und Kündigungsmodalitäten des Leistungsauftrags;

7. die Öffnungszeiten;
8. die Zielgruppen;
9. die Beschreibung der Beteiligung der Vertragspartner an der Umsetzung des Strategieplans in Bezug auf die Jugendarbeit.

Leistungsaufträge gelten für die Dauer des jeweils geltenden Konzepts.

Vier Monate vor Ende eines Leistungsauftrags nehmen die Vertragspartner im Rahmen des Begleitausschusses die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Leistungsauftrags auf. Kommt bis zum 1. Januar des darauffolgenden Jahres kein Leistungsauftrag zustande und liegt bereits ein genehmigtes Konzept für die Dauer des abzuschließenden Leistungsauftrags vor, wird der ausgelaufene Leistungsauftrag bis zum 31. März verlängert. Kommt bis zum 1. April kein Leistungsauftrag zustande, wird die Förderung auf die in Artikel 21 § 2 genannten Zuschüsse reduziert.

Art. 20 - Begleitung und Auswertung der Konzepte der Jugendinformationszentren.

§ 1 - Die Regierung setzt zur Begleitung und Auswertung jedes Leistungsauftrags jeweils einen Begleitausschuss ein, in dem alle Vertragspartner vertreten sind. Der Begleitausschuss kann die im Konzept genannten Ziele präzisieren.

Der Begleitausschuss kann die in den Gemeinden des jeweiligen Kantons tätigen Jugendarbeiter sowie Interessenten zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.

§ 2 - In Ermangelung eines Leistungsauftrags reicht das betroffene Jugendinformationszentrum jährlich einen Umsetzungsbericht des genehmigten Konzeptes bei der Regierung ein. Im Anschluss wird eine gemeinsame Evaluierung vorgenommen.

Der durch die Regierung beauftragte Dienst erstellt ein Protokoll, das Auskunft über die Umsetzung des Konzeptes gibt und eine Zielvereinbarung für das nächste Jahr enthält. Das Protokoll wird dem Jugendinformationszentrum übermittelt.

Art. 21 - Zuschuss.

§ 1 - Jugendinformationszentren erhalten einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn sie:

1. die in Artikel 5 genannten Förderkriterien erfüllen;
2. über ein durch die Regierung gemäß Artikel 18 genehmigtes Konzept verfügen;
3. die in Artikel 16 genannte Zielsetzung erfüllen;
4. Vertragspartner in einem in Artikel 19 genannten Leistungsauftrag sind;
5. mindestens eine Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter beschäftigen.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf 30.000 Euro.

Der Zuschuss für die Personalkosten der Jugendarbeiter wird im Einzelnen im Leistungsauftrag festgelegt, wobei:

1. 87,5% des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten der ersten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, insofern sich lokale Behörden zu 12,5% an diesen Personalkosten beteiligen, in Betracht kommen;
2. 80% des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten der zweiten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, insofern sich lokale Behörden zu 20% an diesen Personalkosten beteiligen, in Betracht kommen.

§ 2 - Falls kein Leistungsauftrag gemäß Artikel 19 zustande kommt, erhält das betroffene Jugendinformationszentrum einen jährlichen Pauschalzuschuss für die Funktionskosten von 24.000 Euro.

Zudem erhalten Jugendinformationszentren, die nicht Vertragspartner in einem Leistungsauftrag sind, einen Zuschuss zu den Personalkosten für eine beschäftigte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter. Dieser Zuschuss beläuft sich auf 87,5% des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten, insofern sich lokale Behörden zu 12,5% an diesen Personalkosten beteiligen.

§ 3 - Die Regierung legt die für die Berechnung des Zuschusses in Betracht kommenden Personalkosten und Modalitäten fest.

§ 4 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.

Abschnitt 4 — Förderung der Offenen Jugendarbeit

Art. 22 - Zielsetzung der Offenen Jugendarbeit.

Geförderte Offene Jugendarbeit stellt Angebote bereit, die sich an alle Jugendlichen richten und nicht an eine Mitgliedschaft oder Anmeldung gebunden sind. Sie geht auf die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen ein. Geförderte Offene Jugendarbeit nutzt die Methoden der Projektarbeit, der Treffarbeit, der aufsuchenden Arbeit und der Einzelfallhilfe.

Art. 23 - Sozialraumanalyse.

Die Träger der Offenen Jugendarbeit führen eine Sozialraumanalyse durch. Die Ergebnisse werden der Regierung bis zum 30. April des Jahres, in dem die Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfindet, mitgeteilt.

Art. 24 - Konzept.

Die Träger der Offenen Jugendarbeit erstellen unter Beteiligung der Jugendlichen und der jeweiligen Gemeinde ein Konzept.

Das Konzept gilt für die Dauer des jeweils geltenden Strategieplans und umfasst mindestens die Beschreibung:

1. der Umsetzung von mindestens vier der in Artikel 5 § 2 genannten Schwerpunkte;
2. der Umsetzung der aus der Sozialraumanalyse resultierenden spezifischen Ziele und Methoden;
3. der Umsetzung der in Artikel 22 genannten Zielsetzung;
4. der finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten vor Ort.

Die Regierung kann die Form und die Verfahrensweise des Konzepts festlegen.

Am Ende der Geltungsfrist des Konzepts führt der Träger der Offenen Jugendarbeit eine Sozialraumanalyse durch, die als Basis für das neue Konzept dient.

Art. 25 - Genehmigung des Konzepts.

Spätestens am 31. März des Jahres, in dem der Strategieplan veröffentlicht wird, legt der Träger der Offenen Jugendarbeit ein Konzept vor, das den in den Artikeln 5 und 22 genannten Förderkriterien und Zielsetzungen entspricht. Die Regierung unterbreitet das Konzept dem in Artikel 27 genannten Begleitausschuss zur Stellungnahme.

Die Regierung prüft das Konzept und genehmigt es gegebenenfalls spätestens am 30. September des Jahres, in dem der Strategieplan veröffentlicht wird. Die Genehmigung kann mit Auflagen in Bezug auf die Bedingungen der Artikel 5 und 24 versehen werden, die auf der Stellungnahme des Begleitausschusses beruhen.

Das Konzept wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung durch die Regierung folgt, und gilt bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem ein neuer Strategieplan veröffentlicht wird.

Art. 26 - Leistungsauftrag.

§ 1 - Die Förderung der Offenen Jugendarbeit auf Gemeindeebene erfolgt mittels eines Leistungsauftrags. Vertragspartner sind die Regierung, die Gemeinde, der Träger der Offenen Jugendarbeit und gegebenenfalls das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Der Leistungsauftrag beinhaltet praktische Ausführungsmaßnahmen zur Umsetzung des in Artikel 24 genannten Konzepts. Er enthält:

1. die Verpflichtungen jedes Vertragspartners;
2. die Arbeitsaufgaben und den Arbeitseinsatz des Jugendarbeiters;
3. die Angaben zur Verwaltung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur;
4. die Zusammensetzung, die Arbeitsweise, die Einberufung und die Aufgaben des Begleitausschusses;
5. die Angaben zum Arbeitgeber des Personals;
6. die Angaben zur Aufteilung der Finanzmittel auf die Standorte;
7. die Kontroll-, Abänderungs- und Kündigungsmodalitäten des Leistungsauftrags;
8. die Zielgruppen;
9. die Beschreibung der Beteiligung der Vertragspartner an der Umsetzung des Strategieplans in Bezug auf die Jugendarbeit.

Die Leistungsaufträge gelten für die Dauer des jeweils geltenden Konzepts.

Vier Monate vor Ende eines Leistungsauftrags nehmen die Vertragspartner im Rahmen des Begleitausschusses die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Leistungsauftrags auf. Kommt bis zum 1. Januar des darauffolgenden Jahres kein Leistungsauftrag zustande und liegt bereits ein genehmigtes Konzept für die Dauer des abzuschließenden Leistungsauftrags vor, wird der ausgelaufene Leistungsauftrag bis zum 31. März verlängert. Kommt bis zum 1. April kein Leistungsauftrag zustande, wird die Förderung eingestellt.

Art. 27 - Begleitausschuss.

Die Regierung setzt zur Begleitung und Auswertung jedes Leistungsauftrags jeweils einen Begleitausschuss ein, in dem alle Vertragspartner vertreten sind. Der Begleitausschuss kann die im Konzept genannten Ziele präzisieren.

Der Begleitausschuss kann die in der Gemeinde tätigen Jugendarbeiter sowie Interessenten zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.

Art. 28 - Zuschuss.

§ 1 - Träger der Offenen Jugendarbeit erhalten einen Pauschalzuschuss zu ihren Funktionskosten, wenn sie:

1. die in Artikel 5 genannten allgemeinen Förderkriterien erfüllen;
2. über ein durch die Regierung gemäß Artikel 25 genehmigtes Konzept verfügen;
3. die in Artikel 22 genannte Zielsetzung erfüllen;
4. mindestens zwei Verwaltungsratsmitglieder zählen, die in der Gemeinde wohnhaft sind;
5. Vertragspartner in einem in Artikel 26 genannten Leistungsauftrag sind;
6. über Räumlichkeiten verfügen, die wöchentlich an mindestens zwei Tagen und wöchentlich während mindestens acht Stunden geöffnet sind, außer während vier Wochen pro Jahr.

Der Zuschuss beläuft sich auf:

1. 7.500 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Jugendlichen tätig ist und einen Standort hat;
2. 15.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens zwei Standorte hat;
3. 15.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit 2 000 bis 4 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens einen Standort hat;
4. 22.500 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit 2 000 bis 4 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens zwei Standorte hat;
5. 30.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit 2 000 bis 4 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens drei Standorte hat;
6. 37.500 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit mehr als 4 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens zwei Standorte hat;
7. 45.000 Euro, wenn der Träger in einer Gemeinde mit mehr als 4 000 Jugendlichen tätig ist und mindestens drei Standorte hat.

§ 2 - Der Arbeitgeber ist entweder die jeweilige Gemeinde, der Träger der Offenen Jugendarbeit der jeweiligen Gemeinde oder das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Arbeitgeber, die Vertragspartner in einem Leistungsauftrag sind, erhalten einen Zuschuss zu den Personalkosten, für:

1. mindestens 0,5 bis zu einer besetzten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit weniger als 2 000 Jugendlichen tätig sind;
2. mindestens eine bis zu 1,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit 2 000 bis 4 000 Jugendlichen tätig sind;
3. mindestens 1,5 bis zu 2,5 besetzte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, wenn sie in Gemeinden mit mehr als 4 000 Jugendlichen tätig sind.

Der Zuschuss wird im Einzelnen im Leistungsauftrag festgelegt, wobei 87,5% des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten der in Absatz 1 vorgesehenen Jugendarbeiter in Betracht kommen, insofern sich die Gemeinde zu 12,5% an diesen Personalkosten beteiligt.

Die Regierung legt die für die Berechnung des Zuschusses in Betracht kommenden Personalkosten und Modalitäten fest.

§ 3 - Alle Beträge gelten vorbehaltlich Artikel 7.

Abschnitt 5 — Förderung eines Jugendbüros der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 29 - Grundsatz.

Die Regierung kann nur eine Jugendeinrichtung als Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft fördern, die:

1. die in Artikel 5 genannten allgemeinen Förderkriterien erfüllt;
2. alle anderen Jugendeinrichtungen in Fragen der Jugendarbeit, einschließlich der Erstellung von Sozialraumanalysen und Konzepten, berät und begleitet;
3. den Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreut;
4. Daten und Informationen über die Jugend im deutschen Sprachgebiet sammelt und verarbeitet;
5. mit anderen Jugendeinrichtungen im In- und Ausland sowie mit anderen Organisationen kooperiert;
6. in der Offenen und Mobilen Jugendarbeit tätig ist;
7. sich mit internationaler Jugendarbeit befasst;
8. in ihrer Satzung vorsieht, dass Vertreter der Regierung den Sitzungen der Generalversammlung und des Verwaltungsrates beiwohnen dürfen;
9. ein Jahresprogramm unter Berücksichtigung des Strategieplans in Bezug auf die Jugendarbeit erstellt;
10. ausschließlich im Jugendbereich als Dienstleistungsanbieter tätig ist;
11. über personelle und finanzielle Ressourcen verfügt, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Art. 30 - Zielsetzung der Mobilen Jugendarbeit.

§ 1 - Mobile Jugendarbeit ist Aufgabe des Jugendbüros der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie besteht in der Begleitung und Beratung junger Menschen in besonderer Lebenslage.

Mobile Jugendarbeit nutzt die Methoden der Straßenarbeit, der Gruppenarbeit und der Einzelfallhilfe. Sie findet in kooperativen und organisationsübergreifenden Formen statt. Zudem berücksichtigt die Mobile Jugendarbeit die Erkenntnisse, die sich aus der Sozialraumanalyse der Offenen Jugendarbeit der entsprechenden Gemeinde ergeben.

§ 2 - Die Regierung setzt einen Begleitausschuss, mit folgender Zusammensetzung ein:

1. Vertreter des Jugendhilfedienstes;
2. Vertreter des Teilzeitunterrichts;
3. Vertreter der Gemeinden, in denen Mobile Jugendarbeit eingesetzt wird;
4. Vertreter der Organisationen zur Betreuung und Aufnahme von Jugendlichen
5. Vertreter der Regierung und
6. Vertreter des durch die Regierung beauftragten Dienstes.

Art. 31 - Genehmigungsbedürftige Dokumente.

Folgende Dokumente, die das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft jährlich erstellt und bis zum 1. Oktober des Vorjahres vorlegt, bedürfen der Genehmigung der Regierung:

1. der Haushaltsplan sowie seine eventuelle Anpassungen;
2. das Jahresprogramm.

Art. 32 - Verpflichtungen.

Das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

1. gewährleistet ein Qualitätsmanagement, insbesondere durch interne Evaluierung;
2. beauftragt ein Mal pro Förderungszeitraum eine unabhängige natürliche oder juristische Person mit der Evaluierung seiner Organisationsstruktur und Finanzsituation;
3. ermöglicht jederzeit eine Kontrolle durch einen durch die Regierung beauftragten Dienst, einschließlich der Einsicht in seine Buchführung;
4. stellt der Regierung anonymisierte Daten nach behördlichen Vorgaben zur Verfügung.

Art. 33 - Geschäftsführungsvertrag.

Die Regierung schließt mit dem Jugendbüro einen Geschäftsführungsvertrag gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab.

Der Geschäftsführungsvertrag wird für die Dauer des Strategieplans abgeschlossen.

Art. 34 - Zuschuss.

Das Jugendbüro erhält eine jährliche Förderung im Verhältnis zu seinen Personal-, Funktions- und Aktivitätskosten.

KAPITEL 3 — *Aus- und Weiterbildung**Abschnitt 1 — Genehmigung von Weiterbildungen für Jugendliche***Art. 35 - Grundsatz.**

Die Regierung ruft mindestens einmal jährlich zum Einreichen von Anträgen zur Genehmigung und/oder finanziellen Förderung von Weiterbildungen für Jugendliche auf.

Von der Regierung genehmigte Weiterbildungen führen zu Anerkennungsnachweisen.

Art. 36 - Antrag.

§ 1 - Die aufgrund von Artikel 35 Absatz 1 gestellten Anträge zur Genehmigung und Förderung müssen die im Aufruf genannten Bedingungen gemäß Artikel 37 erfüllen und vor Beginn der Weiterbildung bei der Regierung eingereicht werden.

Weiterbildungsanbieter, die lediglich die Ausstellung von Anerkennungsnachweisen wünschen, stellen ihren Antrag auf Genehmigung spätestens 30 Tage vor Beginn der Weiterbildung bei der Regierung.

§ 2 - Die Anträge werden von der Jugendkommission begutachtet, außer für Anträge, die die Jugendkommission selber stellt.

Art. 37 - Allgemeine inhaltliche Kriterien.

Eine Weiterbildung wird durch die Regierung genehmigt, wenn:

1. die Weiterbildung:

a) sich überwiegend an Jugendliche mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet oder an Ehrenamtliche richtet, die in der Jugendarbeit im deutschen Sprachgebiet tätig sind;

b) im nicht formalen Bereich Fähigkeiten und Fertigkeiten bezüglich der personalen Kompetenz, des Gruppenmanagements, der Fachkompetenz oder des gesellschaftspolitischen Engagements vermittelt;

c) für alle Jugendlichen und im Jugendbereich tätigen Ehrenamtlichen offen ist.

2. die Anbieter von Weiterbildungen mindestens:

a) über die materiellen Ressourcen für eine optimale Durchführung der Weiterbildung verfügen;

b) fachkundige Referenten einsetzen;

c) den Zielen und dem Zielpublikum angepasste Methoden anwenden und

d) eine Auswertung der durchgeführten Weiterbildung durch die Teilnehmer verpflichtend vorsehen.

Die Regierung kann die Bedingungen näher regeln.

Auf begründeten Vorschlag der Jugendkommission kann die Regierung Weiterbildungen genehmigen, die von einem oder mehreren der in Absatz 1 genannten Kriterien abweichen.

*Abschnitt 2 — Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiterinnen und ehrenamtliche Jugendleiter***Art. 38 - Genehmigung.**

Die Jugendkommission organisiert die Grundausbildung, die zum "Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin" oder "Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter" führt, insofern:

1. die Jugendkommission der Regierung wenigstens 45 Tage vor Beginn der Grundausbildung den Stundenplan sowie die Angaben zu den Referenten vorlegt;

2. sie die in den Artikeln 37 und 39 genannten Bedingungen erfüllt.

Eine Grundausbildung, die nicht durch die Jugendkommission organisiert wird, aber die in den Artikeln 37 und 39 genannten Bedingungen erfüllt, kann zum "Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin" oder "Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter" führen, wenn:

1. sie von der Jugendkommission positiv begutachtet wird;

2. sie für alle interessierten Jugendlichen offen ist;

3. wenigstens 45 Tage vor Beginn der Grundausbildung der Regierung der Stundenplan sowie die Angaben zu den Referenten vorliegen.

Art. 39 - Spezifische Bedingungen der Grundausbildung.

§ 1 - Die Grundausbildung besteht aus zwei Ausbildungszyklen.

Der erste Ausbildungszyklus umfasst mindestens 40 Stunden Theorie sowie zusätzlich eine Ausbildung im Bereich der Ersten Hilfe. Er bereitet die Auszubildenden darauf vor, verantwortungsbewusst eine Gruppe junger Menschen zu leiten und diese Gruppe bei der Verwirklichung ihrer Projekte zu unterstützen, eigenständig Animationen oder Projekte zu planen und durchzuführen, Gruppenprozesse zu beobachten - mit einem Augenmerk auf die besondere Fürsorge der Jugendleiter zum Schutz der jungen Menschen vor Vernachlässigung, Gewalt und sexuellem Missbrauch - und gegebenenfalls pädagogisch adäquat darauf zu reagieren. Der Zyklus vermittelt den Auszubildenden außerdem Wissen über die Strukturen der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der zweite Ausbildungszyklus umfasst mindestens 30 Stunden und besteht wahlweise aus:

1. einem Praktikum, wobei der Auszubildende von einem Praktikumsbegleiter betreut wird und während mindestens 15 Stunden selbstständig eine Jugendgruppe animiert;
2. einem Praktikum, wobei der Auszubildende von einem Praktikumsbegleiter betreut wird und während mindestens acht Stunden selbstständig eine Jugendgruppe animiert, und einer theoretischen Ausbildung, wobei mindestens 16 Stunden erteilt werden oder;
3. einer theoretischen Ausbildung.

Der zweite Ausbildungszyklus dient dem Vertiefen der im ersten Ausbildungszyklus erworbenen Kenntnisse.

§ 2 - Die Teilnahme am zweiten Ausbildungszyklus ist erst nach erfolgreicher Teilnahme am ersten Ausbildungszyklus möglich.

§ 3 - Jugendliche können frühestens mit 15 Jahren am ersten Ausbildungszyklus zum „Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin“ oder „Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter“ teilnehmen.

Art. 40 - Praktikumsbegleiter.

Der Praktikumsbegleiter nimmt an einer theoretischen Weiterbildung teil, die mindestens 20 Stunden umfasst und die ihn in die Inhalte des ersten Ausbildungszyklus und die Aufgaben eines Praktikumsbegleiters einweist. Zusätzlich erfüllt er folgende Bedingungen:

1. hauptamtlich im Jugendbereich tätig sein oder gewesen sein oder;
2. eine zweijährige Erfahrung als ehrenamtlicher Jugendleiter haben und an der Durchführung von mindestens 20 Stunden des ersten Ausbildungszyklus teilnehmen.

Abschnitt 3 — Anerkennungsnachweise

Art. 41 - Ausstellung von Anerkennungsnachweisen.

Die Anbieter von genehmigten Grundausbildungen und Weiterbildungen übermitteln der Regierung die Angaben der Teilnehmenden, die eine genehmigte Grundausbildung bzw. Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen haben und die einen Anerkennungsnachweis der Regierung erhalten möchten. Die Regierung stellt diesen Personen Anerkennungsnachweise aus.

Art. 42 - Inhalt der Anerkennungsnachweise.

Die Anerkennungsnachweise werden durch die Regierung ausgestellt und beinhalten folgende Angaben:

1. Name, Vornamen, Geburtsdatum und -ort des Ausgebildeten;
2. Name und Vornamen des verantwortlichen Praktikumsbegleiters;
3. Name des Anbieters der Grundausbildung oder Weiterbildung;
4. Titel, Beschreibung des Inhalts, Dauer und Ziele der besuchten Grundausbildung oder Weiterbildung;
5. Name, Vornamen und Qualifikation der Referenten;
6. Datum der Grundausbildung bzw. Weiterbildung und des Praktikums;
7. Datum der Ausstellung des Anerkennungsnachweises;
8. Unterschrift des zuständigen Ministers oder seines Beauftragten.

Die Regierung kann je nach Anerkennungsnachweis zusätzliche Angaben festlegen, sofern es sich dabei nicht um personenbezogene Daten handelt.

Abschnitt 4 — Weiterbildungen von Jugendarbeitern

Art. 43 - Weiterbildungen von Jugendarbeitern.

Damit ein Zuschuss gemäß den Artikeln 13, 21 und 28 § 2 gewährt werden kann, muss der angestellte Jugendarbeiter regelmäßig den Anforderungen der jeweiligen Jugendeinrichtung entsprechende Weiterbildungskurse besuchen. Diese müssen sich alle drei Jahre über mindestens 90 Stunden erstrecken.

Jugendarbeiter, die bei Einstellung in einer geförderten Jugendeinrichtung nicht das in Artikel 5 § 3 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe *a*) genannte Hochschuldiplom im sozialpädagogischen Bereich besitzen, müssen spätestens im Jahr nach ihrer Einstellung einer Weiterbildung zum Thema des Schutzes von jungen Menschen vor Vernachlässigung, Gewalt und sexuellem Missbrauch folgen.

Abschnitt 5 — Förderung von Aus- und Weiterbildungen

Art. 44 - Zuschüsse für die Organisation von Weiterbildungen.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung für die Organisation genehmigter Weiterbildungen, die aufgrund des in Artikel 35 Absatz 1 genannten Aufrufs eingereicht wurden, Zuschüsse gewähren.

Auf allen mit geförderten Weiterbildungen zusammenhängenden Veröffentlichungen ist das Logo der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Wortlaut „Deutschsprachige Gemeinschaft“ anzubringen.

Art. 45 - Zuschüsse für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen.

Für die Teilnahme an Ausbildungen gemäß Artikel 5 § 3 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe *b*) oder an Weiterbildungen gemäß Artikel 43 können dem Arbeitgeber des betroffenen Jugendarbeiters Zuschüsse gewährt werden mit einem Maximum pro Haushaltsjahr und pro Teilnehmer von 650 Euro, vorbehaltlich Artikel 7.

KAPITEL 4 — Förderung eines Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 46 - Grundsatz.

Im deutschen Sprachgebiet kann die Regierung nur einen Jugendrat fördern, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. Er muss als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konstituiert sein.
2. Er ist parteilich, weltanschaulich nicht gebunden und berücksichtigt die Artikel 6 und 7 des Gesetzes vom 16. Juli 1973 zur Sicherung des Schutzes der ideologischen und philosophischen Tendenzen.

3. Seine Mitglieder sind einzelne Jugendliche und andere nicht geförderte Organisationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die vorrangig im Jugendbereich tätig sind, sowie mindestens vier fünftel aller gemäß Kapitel 2 Abschnitte 2 bis 4 geförderten Jugendeinrichtungen.

4. Er vertritt die Interessen junger Menschen, indem er als ihr Sprachrohr tätig ist.

5. Er ergreift Initiativen, die er als nützlich erachtet für die Untersuchung oder Bewältigung der Probleme sowie für den Ausbau der Entfaltungsmöglichkeiten und der Partizipation von Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

6. Er verwirklicht Projekte für und mit jungen Menschen und seinen Mitgliedern und steht dabei allen Jugendlichen offen.

7. Er ergreift Initiativen und entwickelt Methoden, die er für nötig erachtet, um seine Zielsetzungen zu verwirklichen, und dies auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Art. 47 - Gutachten.

Der Jugendrat kann aus eigener Initiative Gutachten zu allen Themen abgeben, die die jungen Menschen der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen.

Bei Dekretentwürfen und -vorschlägen, die Auswirkung auf die Situation der Jugendeinrichtungen und des Jugendrats haben, holt der zuständige Minister oder der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Gutachten des Jugendrates ein. Das Gutachten muss innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt durch den Jugendrat beim Antragsteller hinterlegt werden.

Der Jugendrat kann vom Präsidenten des Parlaments oder von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Ausarbeitung von Gutachten zu jugendrelevanten Themen beauftragt werden.

Art. 48 - Zuschuss.

Der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält einen jährlichen Pauschalzuschuss in Höhe von 15.000 Euro, vorbehaltlich Artikel 7. In dieser Pauschale sind die Fahrt- und Anwesenheitsgelder der Mitglieder einbezogen.

Art. 49 - Verpflichtungen.

Der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

1. steht der Regierung und dem Parlament beratend zur Seite;
2. informiert die Regierung über seine Aktivitäten und Beschlüsse;
3. informiert die Regierung über seine Satzung sowie alle Änderungen dieser Satzung;
4. trifft sich mindestens einmal jährlich mit der Regierung und bespricht unter Auswahl eines fachübergreifenden Ansatzes die lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen im Bereich der Jugendpolitik. Zu diesen Treffen können auch andere Jugendeinrichtungen und Experten eingeladen werden;
5. ermöglicht jederzeit eine Kontrolle durch einen durch die Regierung beauftragten Dienst, einschließlich der Einsicht in seine Buchführung;
6. beteiligt sich aktiv an der Ausarbeitung, der Umsetzung und der Evaluierung des Strategieplans.

KAPITEL 5 — Jugendkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 50 - Schaffung.

Es wird eine Jugendkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen. Die Regierung sorgt für die Betreuung der Kommission.

Art. 51 - Aufgaben.

Die Jugendkommission hat folgende Aufgaben:

1. im Auftrag der Regierung die Organisation und Evaluierung der Grundausbildung gemäß Artikel 39 sowie die Weiterbildung zum Praktikumsbegleiter gemäß Artikel 40;
2. die Organisation und Evaluierung von Weiterbildungen von Jugendlichen, Praktikumsbegleitern und ehrenamtlichen Jugendleitern;
3. die Begutachtung gemäß den Artikeln 36 § 2 und 38 Absatz 3 sowie die Koordination und Evaluierung von Weiterbildungen, die von anderen Anbietern organisiert werden;
4. im Auftrag der Regierung oder auf Eigeninitiative das Erstellen von Gutachten zum Thema der Ausbildung und Weiterbildung von Jugendlichen.

Die Jugendkommission kann mit vorheriger Genehmigung der Regierung Fachleute mit der Organisation von Weiterbildungen beauftragen.

Art. 52 - Mitglieder.

§ 1 - Die Jugendkommission setzt sich aus mindestens vier und höchstens neun Mitgliedern zusammen, die die Regierung nach einem öffentlichen Aufruf an die Jugendeinrichtungen einsetzt. Die Regierung bestimmt den Präsidenten aus der Mitte der Jugendkommission.

Ein Mitglied wird auf Vorschlag des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzt. Ein weiteres Mitglied vertritt die Dienststellen der Regierung. Die übrigen Mitglieder besitzen sozialpädagogische Qualifikationen.

Mehr als die Hälfte der Mitglieder der Jugendkommission, ausgenommen den Vertreter der Dienststelle der Regierung, sind Vertreter von geförderten Jugendeinrichtungen.

§ 2 - Die Amtszeit dauert drei Jahre. Die Wiedereinsetzung ist zulässig.

Wenn das Mandat eines Mitglieds vorzeitig endet, führt ein neu bestelltes Mitglied die Mandatszeit zu Ende.

Art. 53 - Funktionsweise.

Die Jugendkommission tritt mindestens viermal jährlich auf Einladung des Präsidenten zusammen. Der Präsident kann weitere Sitzungen einberufen. Die ordentlichen Sitzungen sind nicht öffentlich.

Auf Einladung können nach Einverständnis der Regierung oder ihres Beauftragten Sachverständige hinzugezogen werden.

Die Entscheidungen der Jugendkommission werden im Konsens getroffen. Die Jugendkommission ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend ist, mit einem Quorum von drei Mitgliedern.

Die Jugendkommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der Regierung bedarf.

Art. 54 - Sitzungsprotokolle, Auswertung.

Die Jugendkommission legt der Regierung nach jeder Sitzung ein Protokoll vor, das insbesondere die Gutachten enthält. Sie legt der Regierung bis zum 1. März des folgenden Jahres eine Auswertung der Grundausbildungen und Weiterbildungen des Vorjahres vor.

Art. 55 - Entschädigungen.

Die Mitglieder der Jugendkommission sowie die Personen, die gemäß Artikel 53 Absatz 2 an den Sitzungen teilnehmen, erhalten Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen***Art. 56** - Allgemeines.

Die auf Grundlage des vorliegenden Dekrets auszahlenden Zuschüsse ersetzen alle Leistungen, die den Zuschussempfängern auf Grundlage des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten und des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten zustehen.

Art. 57 - Kontrolle.

Die Regierung kann jederzeit die Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen überprüfen lassen.

Art. 58 - Änderung des Dekrets vom 16. Dezember 1991.

In Artikel 17 § 1 Absatz 1 Spiegelstrich 6 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge "Rates der deutschsprachigen Jugend" durch das Wort "Jugendrates" ersetzt.

KAPITEL 7 — *Änderungs- und Aufhebungsbestimmungen***Art. 59** - Änderung der Überschrift des Dekrets vom 23. März 1992.

In der Überschrift des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Dezember 1998, vom 7. Mai 2007 und vom 17. November 2008, wird der Wortlaut "sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten" ersatzlos gestrichen.

Art. 60 - Änderung von Artikel 1 des Dekrets vom 23. März 1992.

In Artikel 1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Dezember 1998, vom 7. Mai 2007 und vom 17. November 2008, wird der Wortlaut "sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten" ersatzlos gestrichen.

Art. 61 - Aufhebung von Artikel 9 des Dekrets vom 23. März 1992.

Artikel 9 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 4. März 1996, vom 14. Dezember 1998 und vom 20. Februar 2006, wird aufgehoben.

Art. 62 - Aufhebung von Artikel 10 des Dekrets vom 23. März 1992.

Artikel 10 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 4. März 1996 und abgeändert durch die Dekrete vom 14. Dezember 1998, vom 20. Februar 2006, vom 27. April 2009 und vom 15. März 2010 wird aufgehoben.

Art. 63 - Änderung von Artikel 11 des Dekrets vom 23. März 1992.

In Artikel 11 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 4. März 1996, wird die Wortfolge "den Artikeln 6 bis 10" durch die Wortfolge "Artikel 7" ersetzt.

Art. 64 - Aufhebung von Artikel 11bis des Dekrets vom 23. März 1992.

Artikel 11bis desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird aufgehoben.

Art. 65 - Aufhebung des Dekrets vom 14. Dezember 1998.

Das Dekret vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Januar 2002, vom 1. März 2004, vom 20. Februar 2006 und vom 27. April 2009, wird aufgehoben.

Art. 66 - Änderung des Dekrets vom 19. April 2004.

In Artikel 27 § 2 Nummer 3 des Sportdekrets vom 19. April 2004 wird das Wort "Jugendanimatorscheins" durch die Wortfolge "Anerkennungsnachweises ehrenamtliche Jugendleiterin oder Anerkennungsnachweises ehrenamtlicher Jugendleiter" ersetzt.

Art. 67 - Änderung des Dekrets vom 27. Juni 2005.

In Artikel 111 § 1 Absatz 3 Nummer 5 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen wird die Wortfolge "des Rates der Deutschsprachigen Jugend" durch die Wortfolge "der als

Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Vereinigung" ersetzt.

Art. 68 - Aufhebung des Königlichen Erlasses vom 30. Dezember 1983.

Der Königliche Erlass vom 30. Dezember 1983 zur Schaffung eines Rates der Deutschsprachigen Jugend, abgeändert durch die Regierungserlasse vom 29. Mai 1996, 24. September 2002 und 5. Juli 2005, wird aufgehoben.

Art. 69 - Änderung der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 6. Juli 1992.

In der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren werden die Wortfolgen "Museen," und ", Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren" gestrichen.

Art. 70 - Änderung des Erlasses der Regierung vom 8. Dezember 1993.

Im Erlass der Regierung vom 8. Dezember 1993 zur Festlegung von Übergangsbestimmungen zum Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren werden folgende Änderungen angebracht:

1. In der Erlassüberschrift werden die Wortfolgen "Museen," und ", Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren" gestrichen,
2. in Artikel 1 werden die Wortfolgen "Museen," und ", Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren" gestrichen.

Art. 71 - Änderung des Erlasses der Regierung vom 2. September 1994.

In Artikel 2 Absatz 1 Spiegelstrich 2 des Erlasses der Regierung vom 2. September 1994 zur Einsetzung einer Lehrlingskommission in Anwendung von Artikel 34 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird die Wortfolge "Rates der deutschsprachigen Jugend" durch das Wort "Jugendrates" ersetzt.

Art. 72 - Aufhebung des Erlasses der Regierung vom 18. Mai 1999.

Der Erlass der Regierung vom 18. Mai 1999 über die Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird aufgehoben.

Art. 73 - Aufhebung des Erlasses der Regierung vom 9. Juni 1999.

Der Erlass der Regierung vom 9. Juni 1999 zur Festlegung von Übergangsbestimmungen zum Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren wird aufgehoben.

KAPITEL 8 — *Übergangsbestimmungen*

Art. 74 - Zuschüsse für das Jahr 2012.

§ 1 - Jugendorganisationen, die bis zum 31. Mai 2012 sowie Jugendinformationszentren und Träger der Offenen Jugendarbeit, die bis zum 31. März 2012 ein Konzept gemäß vorliegendem Dekret einreichen, erhalten die Zuschüsse für das Kalenderjahr 2012 auf Grundlage des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten und des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten. Sie erhalten übergangsweise einen Jahreszuschuss in der gleichen Höhe wie der für das Jahr 2011 gewährte. Jugendzentren, die in der Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 nicht anerkannte Träger der Offenen Jugendarbeit, jedoch Partner eines Leistungsauftrags sind, erhalten für das Kalenderjahr 2012 den in Artikel 15 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch Artikel 47 des Programmdekrets vom 7. Januar 2002 sowie Artikel 14 des Programmdekrets vom 1. März 2004, genannten Jahreszuschuss, wobei der in Artikel 20 desselben Dekrets genannte Koeffizient der des Haushaltsjahres 2011 ist. Für Jugendinformationszentren, die bis zum 1. Januar 2012 im Rahmen eines Leistungsauftrags gemäß Artikel 19 tätig sind, können der Jahreszuschuss und der Personalszuschuss angepasst werden.

Jugendzentren, die aufgrund des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten anerkannt sind, gelten bis zum 31. Dezember 2012 als Träger der Offenen Jugendarbeit im Sinne des vorliegenden Dekrets.

Wird das Konzept nicht rechtzeitig eingereicht, wird die Bezuschussung ab dem 1. Juni 2012 eingestellt.

§ 2 - Jugendorganisationen, die ein Konzept gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 einreichen, erhalten für das Kalenderjahr 2012 einen Lagerzuschuss in gleicher Höhe wie der für das Jahr 2011 gewährte.

Art. 75 - Verfahren in Ermangelung eines Leistungsauftrags vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets.

Wenn vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets kein Leistungsauftrag gemäß Artikel 15 § 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten oder keine Übereinkunft gemäß Artikel 18bis desselben Dekrets vorhanden ist, wird das erste Konzept gemäß Artikel 24 der betroffenen Gemeinde zwecks Stellungnahme übermittelt.

Wenn bis spätestens am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets kein Leistungsauftrag gemäß Artikel 16 § 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten vorhanden ist, wird das erste Konzept gemäß Artikel 17 den Gemeinden des betroffenen Kantons zwecks Stellungnahme übermittelt.

Wenn vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets ein Leistungsauftrag gemäß den Artikeln 15 § 1 und 16 § 1 oder eine Übereinkunft gemäß Artikel 18bis des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten vorhanden ist, ist gemäß den Artikeln 20 und 27 des vorliegenden Dekrets der Begleitausschuss zu verstehen, der sich aus den Vertragspartnern des bestehenden Leistungsauftrags zusammensetzt.

Art. 76 - Jugendeinrichtungen, die nicht als Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sind.

Jugendeinrichtungen, die eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht gründen müssen, um den Bedingungen des vorliegenden Dekrets ab dem 1. Januar 2013 zu entsprechen, müssen die Satzungen sowie den Nachweis der Hinterlegung der Satzungen beim Handelsgericht für den 31. März 2012 bei der Regierung einreichen.

Art. 77 - Förderkriterien für bestehende Jugendeinrichtungen.

Für Jugendeinrichtungen, die aufgrund des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten anerkannt waren, müssen die Förderkriterien erstmals am 1. Januar 2013 erfüllt werden.

Art. 78 - Förderkriterien für neue Träger der Offenen Jugendarbeit.

In den Gemeinden, in denen vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bereits Jugendzentren gemäß dem Dekret vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten aktiv sind, müssen neu gegründete Träger der Offenen Jugendarbeit das für die Bezuschussung des Jahres 2013 in Artikel 5 § 1 Nummer 8 genannte Förderkriterium nicht erfüllen.

Art. 79 - Anwendung von Artikel 5 § 3.

Die in Artikel 5 § 3 vorgesehenen Bedingungen gelten nicht für die Bezuschussung von Personalkosten von Jugendarbeitern, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets aufgrund des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten bezuschusst wurden.

Art. 80 - Strategieplan.

Der erste Strategieplan wird bis zum 30. September 2012 veröffentlicht und basiert noch nicht auf den zu erstellenden Sozialraumanalysen gemäß Artikel 23.

Art. 81 - Inkrafttreten.

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Artikel 14 Absatz 1 Nummer 3 tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 6. Dezember 2011

Der Ministerpräsident
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2011-2012

Nummerierte Dokumente: 86 (2010-2011), Nr. 1 Dekretentwurf.

86 (2011-2012), Nrn. 2-8 Abänderungsvorschläge.

86 (2011-2012), Nr. 9 Bericht.

86 (2011-2012), Nr. 10 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht: 6. Dezember 2011 - Nr. 31 Diskussion und Abstimmung.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2012 — 172

[2011/206334]

6 DECEMBRE 2011. — Décret visant à soutenir l'animation de jeunesse

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit:

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Définitions.

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° "enfants" : les personnes de 4 à 11 ans accomplis;

2° "jeunes" : les personnes de 12 à 30 ans accomplis;

3° "jeunes gens" : les enfants et les jeunes;

4° "apprentissage non formel" : l'apprentissage intégré dans des activités planifiées non explicitement désignées comme activités d'apprentissage (en termes d'objectifs, de temps ou de ressources), mais contenant une part importante d'apprentissage. En règle générale, l'apprentissage non formel est intentionnel de la part de l'apprenant et ne débouche habituellement pas sur une certification;

5° "apprentissage informel" : l'apprentissage découlant des activités de la vie quotidienne liées au travail, à la famille ou aux loisirs. Il n'est ni organisé ni structuré (en termes d'objectifs, de temps ou de ressources). L'apprentissage informel possède de la plupart du temps un caractère non intentionnel de la part de l'apprenant et ne débouche habituellement pas sur la certification;

6° "expériences d'auto-efficacité" : des expériences de maîtrise qui, par une évaluation, mènent à la confiance en ses propres capacités au niveau de l'esprit d'entreprendre, de la créativité et de l'activité culturelle;

7° "compétences organisationnelles" : la motivation et la capacité à organiser de manière durable, avec les autres, l'environnement de vie en partant d'une analyse de la situation;

8° "animateur" : une personne qualifiée qui pratique l'animation de jeunesse à titre professionnel;

9° "moniteur bénévole" : une personne qui pratique l'animation de jeunesse à titre bénévole et gracieux au sein d'un opérateur de jeunesse;

10° "titre reconnu" : le document délivré par le Gouvernement en vue de la reconnaissance individuelle d'une formation de base ou continuée approuvée.

11° "formations et formations continuées" : les formations et formations continuées pour les jeunes ainsi que pour les moniteurs bénévoles, les accompagnateurs de stage et les animateurs actifs dans l'animation de jeunesse en région de langue allemande;

12° "opérateur de jeunesse" : une organisation de jeunesse, un centre d'information pour la jeunesse, une structure d'animation en milieu ouvert ou le Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone;

13° "groupe de jeunes" : un groupe organisé d'une organisation de jeunesse qui, dans une commune ou un village déterminé, mène des activités pour les jeunes gens;

14° "structure d'animation en milieu ouvert" : une association sans but lucratif qui s'occupe d'animation de jeunesse en milieu ouvert dans une commune;

15° "lieu d'implantation" : le local où se déroule le travail de rencontre permettant de mettre en oeuvre l'animation de jeunesse décrite à l'article 2, alinéas 2 et 3.

Art. 2. Objet.

Ce décret règle le soutien des jeunes gens, de l'animation de jeunesse, des opérateurs de jeunesse et du Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone, ainsi que l'organisation de formations et formations continuées pour les jeunes et les personnes actives dans l'animation de jeunesse en région de langue allemande.

L'animation de jeunesse se déroule en dehors de l'école, dans le cadre d'activités de loisirs particulières et repose sur des processus de l'apprentissage non formel et informel et sur la participation volontaire.

Par des offres appropriées, l'animation de jeunesse favorise le développement individuel, social et culturel de jeunes gens, en tenant compte de leurs intérêts et de leurs besoins.

Art. 3. Egalité des sexes.

Toutes les qualifications employées dans le présent décret valent pour les deux sexes.

Art. 4. Plan stratégique.

Le Gouvernement adopte pour chaque législature un plan stratégique interdisciplinaire et le met en oeuvre. Il répertorie les espaces de vie des jeunes gens au niveau de la Communauté germanophone et détermine des objectifs et missions plus précis qui contribuent à améliorer la situation des jeunes gens. Le plan stratégique est publié au mois de janvier de l'année suivant l'élection du Parlement de la Communauté germanophone et vaut à partir de l'année suivante.

Le Gouvernement implique les opérateurs de jeunesse soutenus, le Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone et des jeunes gens dans l'élaboration du plan stratégique. Pour ce faire, il est également tenu compte des résultats fournis par l'analyse et l'évaluation que le Gouvernement doit réaliser une fois par législature à propos du plan stratégique précédent et par les analyses de l'espace social que doivent mener les structures d'animation en milieu ouvert.

Le Gouvernement soumet le plan stratégique à l'approbation du Parlement.

CHAPITRE 2. — Soutien des opérateurs de jeunesse

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 5. Critères généraux de soutien.

§ 1^{er}. Sont soutenus dans le cadre de ce décret les opérateurs de jeunesse qui :

1° sont constitués en association sans but lucratif ayant son siège en Communauté germanophone;

2° accueillent les jeunes intéressés en vertu de leurs statuts,;

3° sont actifs en région de langue allemande en matière d'animation de jeunesse;

4° permettent aux jeunes gens de faire des expériences d'auto-efficacité et d'apprendre des compétences organisationnelles;

5° soutiennent la participation de jeunes gens dans leur institution;

6° proposent des offres et des mesures qui placent au centre de l'action les besoins des jeunes gens.

7° qui prennent en considération les intérêts spécifiques des jeunes gens vivant dans des milieux défavorisés, issus de l'immigration et handicapés;

8° qui mettent en oeuvre au moins quatre des points forts mentionnés au § 2;

9° existent et organisent des activités depuis un an au moins;

10° garantissent que les activités seront encadrées par des animateurs formés ou des moniteurs bénévoles;

11° disposent, en région de langue allemande, de l'infrastructure nécessaire pour mener les activités;

12° peuvent en tout temps présenter une comptabilité autonome en ordre permettant un contrôle financier;

13° introduisent annuellement, pour le 31 mars et auprès du service mandaté par le Gouvernement, un bilan et un compte de résultats pour l'exercice précédent et un budget pour l'exercice suivant;

14° informent régulièrement leurs membres et la population sur leurs activités.

§ 2. Les points forts de l'animation de jeunesse sont :

1° la formation socio-politique et sociale pour développer l'intérêt à l'implication socio-politique, l'esprit critique vis-à-vis des processus socio-politiques et la disposition à participer activement à la mise en place de processus socio-politiques;

2° l'animation culturelle pour développer la créativité et les formes d'expression culturelle;

3° l'animation des loisirs pour contribuer à un développement général par le sport, le jeu et l'activité physique;

4° le travail médiatique pour développer les compétences médiatiques en vue d'une utilisation critique et consciente des médias;

5° l'animation interculturelle en vue de promouvoir les compétences interculturelles et la recherche de son identité;

6° l'animation différenciée selon les sexes en vue de promouvoir l'égalité des chances et de vaincre les stéréotypes sexuels;

7° l'animation de jeunesse au niveau intercommunautaire et international en vue de promouvoir la compréhension intrabelge et internationale, la garantie de la paix et l'identité européenne.

Partant de la participation volontaire des jeunes gens, les opérateurs de jeunesse soutenus remplissent leur mission dans le cadre de ces points forts, sous leur propre responsabilité et en utilisant une multitude de méthodes.

§ 3. Si des opérateurs de jeunesse occupent des animateurs en vertu de ce décret, ceux-ci doivent remplir les conditions suivantes :

1° produire un extrait du casier judiciaire prouvant qu'il est exempt de condamnation à une peine d'emprisonnement de plus de six mois;

2° a) être porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur dans le secteur socio-pédagogique, ou

b) être porteur d'un certificat d'aptitude à accéder à l'enseignement supérieur ou d'un certificat d'apprentissage, pouvoir justifier d'une pratique suffisante en matière d'animation et s'engager à suivre, après l'engagement en tant qu'animateur de jeunesse, une formation dans le domaine socio-pédagogique approuvée par le Gouvernement sur proposition de la commission "Jeunesse".

Sur proposition motivée de la commission "Jeunesse", le Gouvernement peut :

1° reconnaître l'équivalence de diplômes autres que ceux mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2^o, a);

2° approuver des formations dans une autre spécialité que celle mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2^o, b), afin de répondre à un besoin spécifique.

Art. 6. Subsidés supplémentaires.

En plus des subsidés forfaitaires mentionnés aux articles 13, 21, 28 et 34, les opérateurs de jeunesse soutenus peuvent obtenir un subside pour des projets particuliers ou des formations continuées internes. En plus du subside forfaitaire mentionné à l'article 48, le Conseil de la jeunesse peut obtenir un subside pour des projets particuliers.

Sont considérés comme particuliers les projets qui à la fois :

1° présentent un intérêt particulier pour la Communauté germanophone et

2° sont liés à des frais exceptionnels.

Une liste détaillée des recettes et des dépenses ainsi qu'une description du projet doivent accompagner les demandes relatives à des projets particuliers ou à des formations continuées internes.

Art. 7. Adaptation des montants.

Le Gouvernement peut adapter le montant des différents types de subsidés aux crédits budgétaires disponibles.

Section 2. — Soutien des organisations de jeunesse

Art. 8. Critères de soutien pour les organisations de jeunesse.

Peuvent être soutenues les organisations de jeunesse qui :

1° satisfont aux critères généraux de soutien mentionnés à l'article 5;

2° mènent des activités destinées aux jeunes gens, et ce principalement pendant les week-ends et les vacances scolaires, les réunions servant à la gestion de l'organisation de jeunesse n'étant pas considérées comme activités au sens de cette disposition;

3° disposent d'un concept approuvé par le Gouvernement conformément à l'article 10;

4° participent chaque année au dialogue de performance mentionné à l'article 11.

Art. 9. Concept.

Le concept est valable pour toute la durée du plan stratégique applicable et comporte au moins :

1° une analyse des forces et faiblesses;

2° la description de la mise en œuvre d'au moins quatre points forts parmi ceux mentionnés à l'article 5, § 2;

3° la description des spécificités locales en matière financière, de personnel et de matériel;

4° la description des points forts et de la vision d'avenir de l'organisation de jeunesse;

5° l'orientation de l'organisation de jeunesse et sa structure;

6° la description des caractéristiques de la communication interne, le cas échéant aussi dans la perspective d'un échange entre groupes de jeunes de l'organisation concernée;

7° la description du plan permettant d'assurer un travail de relations publiques efficace;

8° la description de la méthode de soutien et d'encadrement pédagogique pour les animateurs et moniteurs bénévoles.

Le Gouvernement peut fixer la forme et la procédure du concept.

Art. 10. Approbation du concept.

Au plus tard le 31 mai de l'année au cours de laquelle le plan stratégique est publié, l'organisation de jeunesse déjà soutenue soumet au Gouvernement un concept répondant aux critères de soutien mentionnés aux articles 5 et 8.

Les organisations de jeunesse qui n'ont pas encore été soutenues par le Gouvernement peuvent introduire leur concept pour le 31 mai de chaque année. Le concept doit répondre aux critères de soutien mentionnés aux articles 5 et 8.

Le Gouvernement examine le concept et, le cas échéant, l'approuve au plus tard le 31 août de l'année au cours de laquelle le plan stratégique a été introduit. L'approbation peut être conditionnelle, en ce qui concerne les conditions mentionnées aux articles 5, 8 et 9.

Le concept entre en vigueur le 1^{er} janvier de l'année suivant l'approbation et vaut jusqu'au 31 décembre de l'année au cours de laquelle un nouveau plan stratégique est publié.

Art. 11. Dialogue de performance.

Chaque année au mois d'octobre se déroule un dialogue de performance réunissant des représentants du service délégué par le Gouvernement et des représentants de l'organisation de jeunesse soutenue et auquel doivent aussi participer des membres du conseil d'administration. Y sont abordés les thèmes suivants :

- 1° la mise en œuvre du concept;
- 2° ce qui s'est passé l'année précédente;
- 3° l'éventuelle demande de subsides supplémentaires;
- 4° le cas échéant, les rapports de camp visés à l'article 14.

Le service mandaté par le Gouvernement dresse un procès-verbal du dialogue de performance reprenant des informations relatives aux points mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 1° à 4°, et contenant les objectifs convenus pour l'année suivante. Le procès-verbal est transmis à l'organisation de jeunesse.

Art. 12. Catégories.

§ 1^{er}. Les organisations de jeunesse sont classées en six catégories.

§ 2. Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie I, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 50 jeunes gens comme membres;
- 3° mènent en moyenne au moins trois activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;

Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie II, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 100 jeunes gens comme membres;
- 3° mènent en moyenne au moins trois activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;

Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie III, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 100 jeunes gens comme membres;
- 3° mènent en moyenne au moins trois activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;
- 4° mènent des activités au sens de l'article 8, 2°, durant les vacances d'été;
- 5° sont actives dans plusieurs communes de la région de langue allemande.

Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie IV, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 300 jeunes gens comme membres;
- 3° mènent en moyenne au moins dix activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;
- 4° mènent des activités au sens de l'article 8, 2°, pendant vingt jours au moins durant les vacances d'été;
- 5° sont actives dans plusieurs communes de la région de langue allemande.

Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie V, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 600 jeunes gens comme membres;
- 3° mènent en moyenne au moins quinze activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;
- 4° mènent des activités au sens de l'article 8, 2°, pendant trente jours au moins durant les vacances d'été;
- 5° sont actives dans plusieurs communes de la région de langue allemande.

Les organisations de jeunesse sont rangées dans la catégorie VI, lorsqu'elles :

- 1° peuvent être soutenues conformément aux articles 5 et 8;
- 2° peuvent apporter annuellement la preuve qu'elles comptent au moins 1000 jeunes gens comme membres;
- 3° occupent au moins un animateur de jeunesse exprimé en équivalents temps plein;
- 4° mènent en moyenne au moins trente activités par mois au sens de l'article 8, 2°, en dehors des vacances d'été;
- 5° mènent des activités au sens de l'article 8, 2°, pendant soixante jours au moins durant les vacances d'été;
- 6° sont actives dans plusieurs communes de la région de langue allemande.

§ 3. Un changement de catégorie en raison du nombre de jeunes gens membres d'une organisation de jeunesse ne peut intervenir que si le nombre peut être prouvé deux années de suite.

Art. 13. Subside pour les organisations de jeunesse.

Les organisations de jeunesse de la catégorie I qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 2.500 euros.

Les organisations de jeunesse de la catégorie II qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 10.000 euros.

Les organisations de jeunesse de la catégorie III qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 15.000 euros. Lorsque 0,5 animateur exprimé en équivalents temps plein est occupé, les organisations de jeunesse de la catégorie III reçoivent en plus un forfait annuel de 20.000 euros.

Les organisations de jeunesse de la catégorie IV qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 20.000 euros. Lorsque des animateurs sont occupés, un forfait annuel supplémentaire est octroyé :

1° pour 0,5 équivalent temps plein : 20.000 euros, ou

2° pour un équivalent temps plein : 40.000 euros.

Les organisations de jeunesse de la catégorie V qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 30.000 euros. Lorsque des animateurs sont occupés, un forfait annuel supplémentaire est octroyé :

1° pour 0,5 équivalent temps plein : 20.000 euros, ou

2° pour un équivalent temps plein : 40.000 euros.

Les organisations de jeunesse de la catégorie VI qui peuvent être soutenues reçoivent un subside annuel forfaitaire de 70.000 euros. Lorsque des animateurs sont occupés en plus de l'équivalent temps plein obligatoire, un forfait annuel peut être octroyé :

1° pour 0,5 équivalent temps plein : 20.000 euros ou

2° pour un équivalent temps plein : 40.000 euros.

Art. 14. Subside pour les camps de jeunes.

Pour chaque groupe de jeunes organisant un camp, l'organisation de jeunesse soutenue dont il relève doit remplir les conditions suivantes :

1° introduire, avant le 1^{er} juin de l'année du camp, un formulaire complété dont le modèle est fixé par le Gouvernement et qui indique le nombre de jeunes gens, leur âge, le nom du groupe, l'endroit, le nom et le nombre de moniteurs ainsi que le déroulement d'une journée;

2° organiser le camp entre le 15 juin et le 31 août;

3° assurer un encadrement pédagogique, en prévoyant au moins deux moniteurs bénévoles pour vingt-quatre jeunes gens. Le moniteur bénévole doit être porteur d'un titre reconnu de moniteur bénévole établi par la Communauté germanophone ou par une autre autorité nationale ou étrangère, les moniteurs ayant entamé ou achevé des études socio-pédagogiques étant assimilés. Le deuxième moniteur bénévole doit avoir terminé le premier cycle de formation conformément à l'article 39, § 1^{er}, alinéa 2;

4° désigner, par camp, un moniteur principal responsable, âgé d'au moins dix-huit ans;

5° désigner, par camp, un moniteur compétent pour l'encadrement médical et l'hygiène. Il doit avoir suivi un cours de secourisme. Ce cours consiste au moins en un cours spécifique portant sur les premiers secours pour les camps de jeunes et a une durée minimale de six heures. Il faudra tenir un carnet de santé;

6° contracter une assurance-accidents pour tous les moniteurs et participants au camp;

7° pouvoir présenter un rapport de protection contre l'incendie fourni par le bailleur et donnant des indications quant aux sorties de secours et extincteurs;

8° autoriser le service délégué par le Gouvernement à réaliser le contrôle sur place.

Chaque année, pour le 30 septembre au plus tard, l'organisation de jeunesse soutenue introduit auprès du service délégué par le Gouvernement tous les rapports de camp sous forme reliée. Le Gouvernement fixe la forme et le contenu de ces rapports.

Pour l'organisation de camps, les organisations de jeunesse soutenues peuvent recevoir un forfait de 1 euro par jour par participant.

La somme forfaitaire est fixée annuellement en prenant pour base le nombre moyen de participants et de jours de camp des trois dernières années.

*Section 3. — Soutien des centres d'information pour la jeunesse***Art. 15.** Offre d'information couvrant l'ensemble du territoire.

Dans le cadre des conventions de prestations mentionnées à l'article 19, le Gouvernement veille à ce que soit diffusée une offre d'information pour la jeunesse couvrant l'ensemble du territoire de la région de langue allemande. Il peut y avoir au maximum une convention de prestations pour le canton d'Eupen et une pour le canton de Saint-Vith.

Art. 16. Mission des centres d'information pour la jeunesse.

Les centres d'information pour la jeunesse soutenus diffusent de l'information dont l'exactitude a été vérifiée, qui est fiable, complète, neutre et accessible à tous. L'information est adaptée aux besoins des jeunes, tant en ce qui concerne la forme que le contenu. Les centres proposent en permanence aux jeunes gens une information actuelle et les soutiennent dans leur propre recherche d'information.

Les centres d'information pour la jeunesse travaillent par projet dans toutes les communes du canton concerné en ayant pour objectif de fournir leurs prestations sur place.

En outre, les centres d'information pour la jeunesse soutenus contribuent à une politique de la jeunesse basée sur les connaissances en collectant et traitant les connaissances relatives aux jeunes et à l'information de la jeunesse.

Art. 17. Concept.

Les centres d'information pour la jeunesse soutenus établissent un concept en impliquant des jeunes et les communes du canton concerné.

Le concept est valable pour toute la durée du plan stratégique applicable et comporte au moins :

- 1° la description de la mise en œuvre d'au moins quatre points forts parmi ceux mentionnés à l'article 5, § 1^{er};
 - 2° la description de l'objectif visé à l'article 16;
 - 3° la description de la mise en œuvre des objectifs et méthodologies spécifiques qui résultent des analyses de l'espace social menées par l'animation en milieu ouvert dans le canton concerné;
 - 4° la description des spécificités locales en matière financière, de personnel et de matériel;
 - 5° les données relatives à la mise en réseau et à la coopération avec les partenaires nécessaires à l'information des jeunes;
 - 6° la procédure d'évaluation relative à la qualité de la structure et de l'offre ainsi qu'au travail des collaborateurs.
- Le Gouvernement peut fixer la forme et la procédure du concept.

Art. 18. Approbation du concept.

Au plus tard le 31 mars de l'année au cours de laquelle le plan stratégique est publié, le centre d'information pour la jeunesse soumet au Gouvernement un concept répondant aux critères de soutien et les objectifs mentionnés aux articles 5 et 16. Le Gouvernement soumet le concept au comité de suivi mentionné à l'article 20, pour avis.

Le Gouvernement examine le concept et, le cas échéant, l'approuve au plus tard le 30 septembre de l'année au cours de laquelle le plan stratégique est publié. L'approbation peut être conditionnelle, en ce qui concerne les conditions mentionnées aux articles 5 et 17 se rapportant à l'avis du comité de suivi.

Le concept entre en vigueur le 1^{er} janvier de l'année suivant l'approbation par le Gouvernement et vaut jusqu'au 31 décembre de l'année au cours de laquelle un nouveau plan stratégique est publié.

Art. 19. Conventions de prestations.

§ 1^{er}. Le soutien apporté aux centres d'information pour la jeunesse s'opère au moyen d'une convention de prestations. Les parties à la convention sont le Gouvernement et les communes ainsi que le centre d'information pour la jeunesse du canton concerné.

§ 2. La convention de prestations contient des mesures pratiques pour la mise en œuvre du concept mentionné à l'article 17. Elle mentionne :

- 1° les obligations de chacune des parties;
- 2° les tâches assignées à l'animateur et son volume de travail;
- 3° les données relatives à la gestion de l'infrastructure mise à disposition;
- 4° la composition, le fonctionnement, la convocation et les missions du comité de suivi;
- 5° les données relatives aux moyens financiers;
- 6° les modalités de contrôle, de modification et de résiliation de la convention de prestations;
- 7° les heures d'ouverture;
- 8° les groupes-cibles;
- 9° la description de la participation des parties à la mise en œuvre du plan stratégique en ce qui concerne l'animation de jeunesse.

Les conventions de prestations valent pour la durée du concept applicable.

Quatre mois avant la fin de la convention de prestations, les parties entament les discussions dans le cadre du comité de suivi en vue de conclure une nouvelle convention. Si une nouvelle convention de prestations n'est pas conclue pour le 1^{er} janvier de l'année suivante et si un concept approuvé existe pour la période de la convention à conclure, la convention arrivée à échéance est reconduite jusqu'au 31 mars. Si une nouvelle convention de prestations n'est pas conclue pour le 1^{er} avril, le soutien est limité aux subsides mentionnés à l'article 21, § 2.

Art. 20. Suivi et évaluation des concepts développés par les centres d'information pour la jeunesse.

§ 1^{er}. En vue d'encadrer et d'évaluer les conventions de prestations, le Gouvernement institue pour chacune un comité de suivi où toutes les parties sont représentées. Le comité de suivi peut préciser les objectifs mentionnés dans le concept.

Le comité de suivi peut demander aux animateurs actifs dans les communes du canton concerné ainsi qu'aux personnes intéressées de participer avec voix consultative à ses réunions.

§ 2. S'il n'existe pas de convention de prestations, le centre d'information pour la jeunesse concerné introduit annuellement auprès du Gouvernement un rapport portant sur la mise en œuvre du concept approuvé. Il est ensuite procédé à une évaluation commune.

Le service mandaté par le Gouvernement dresse un procès-verbal reprenant des informations relatives à la mise en œuvre du concept et contenant les objectifs convenus pour l'année suivante. Le procès-verbal est transmis au centre d'information pour la jeunesse.

Art. 21. Subside.

§ 1^{er}. Les centres d'information pour la jeunesse reçoivent un subside pour couvrir les frais de fonctionnement et de personnel s'ils :

- 1° satisfont aux critères de soutien mentionnés à l'article 5;
- 2° disposent d'un concept approuvé par le Gouvernement conformément à l'article 18;
- 3° remplissent l'objectif mentionné à l'article 16;
- 4° sont parties à une convention de prestations mentionnée à l'article 19;
- 5° occupent au moins 1 animateur exprimé en équivalents temps plein.

Le subside annuel forfaitaire pour les frais de fonctionnement s'élève à 30.000 euros.

Le subside pour les frais de personnel relatifs aux animateurs est spécifié dans la convention de prestations :

1° 87,5 % de la partie subsidiable des frais de personnel pour le premier animateur exprimé en équivalents temps plein étant pris en considération, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 12,5 %;

2° 80 % de la partie subsidiable des frais de personnel pour le second animateur exprimé en équivalents temps plein étant pris en considération, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 20 %.

§ 2 - Si une nouvelle convention de prestations n'est pas conclue conformément à l'article 19, le centre d'information pour la jeunesse concerné reçoit un subside forfaitaire annuel de 24.000 euros pour les frais de fonctionnement.

En outre, les centres d'information pour la jeunesse qui ne sont pas parties à une convention de prestations reçoivent un subside pour les frais de personnel relatifs à un emploi d'animateur exprimé en équivalents temps plein. Ce subside correspond à 87,5 % de la partie subsidiable des frais de personnel, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 12,5 % .

§ 3. Le Gouvernement détermine les frais de personnel entrant en ligne de compte pour le calcul du subside ainsi que les modalités.

§ 4. Tous les montants s'appliquent sous réserve de l'article 7.

Section 4. — Soutien de l'animation de jeunesse en milieu ouvert

Art. 22. Objectif de l'animation en milieu ouvert.

L'animation en milieu ouvert soutenue propose une offre qui s'adresse à tous les jeunes et n'est pas liée à une affiliation ou inscription. Elle répond aux besoins et aux intérêts des jeunes. L'animation en milieu ouvert soutenue utilise les méthodes du travail par projet, du travail de rencontre, du travail de rue et de l'aide individuelle.

Art. 23. Analyse de l'espace social.

Les structures d'animation en milieu ouvert mènent une analyse de l'espace social. Les résultats sont communiqués au Gouvernement pour le 30 avril de l'année où a lieu l'élection du Parlement de la Communauté germanophone.

Art. 24. Concept.

Les structures d'animation en milieu ouvert élaborent un concept en impliquant les jeunes et la commune concernée.

Le concept est valable pour toute la durée du plan stratégique applicable et comporte au moins la description :

- 1° de la mise en œuvre d'au moins quatre points forts parmi ceux mentionnés à l'article 5, § 2;
- 2° de la mise en œuvre des objectifs et méthodologies spécifiques qui résultent de l'analyse de l'espace social;
- 3° la mise en œuvre de l'objectif visé à l'article 22;
- 4° des spécificités locales en matière financière, de personnel et de matériel.

Le Gouvernement peut fixer la forme et la procédure du concept.

Lorsque le concept arrive à échéance, la structure d'animation en milieu ouvert mène une analyse de l'espace social; celle-ci sert de base pour le nouveau concept.

Art. 25. Approbation du concept.

Au plus tard le 31 mars de l'année au cours de laquelle le plan stratégique est publié, la structure d'animation en milieu ouvert soumet un concept répondant aux critères de soutien mentionnés aux articles 5 et 22. Le Gouvernement soumet le concept au comité de suivi mentionné à l'article 27, pour avis.

Le Gouvernement examine le concept et, le cas échéant, l'approuve au plus tard le 30 septembre de l'année au cours de laquelle le plan stratégique est publié. L'approbation peut être conditionnelle, en ce qui concerne les conditions mentionnées aux articles 5 et 24 se rapportant à l'avis du comité de suivi.

Le concept entre en vigueur le 1^{er} janvier de l'année suivant l'approbation par le Gouvernement et vaut jusqu'au 31 décembre de l'année au cours de laquelle un nouveau plan stratégique est publié.

Art. 26. Conventions de prestations.

§ 1^{er}. Le soutien apporté à l'animation en milieu ouvert au niveau communal s'opère au moyen d'une convention de prestations. Les parties à la convention sont le Gouvernement, la commune ainsi que la structure d'animation en milieu ouvert et, le cas échéant, le Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone.

§ 2. La convention de prestations contient des mesures pratiques pour la mise en œuvre du concept mentionné à l'article 24. Elle mentionne :

- 1° les obligations de chacune des parties;
- 2° les tâches assignées à l'animateur et son volume de travail;
- 3° les données relatives à la gestion de l'infrastructure mise à disposition;
- 4° la composition, le fonctionnement, la convocation et les missions du comité de suivi;
- 5° les données relatives à l'employeur du personnel;
- 6° les données relatives à la répartition des moyens financiers entre les différents lieux d'implantation;
- 7° les modalités de contrôle, de modification et de résiliation de la convention de prestations;
- 8° les groupes-cibles;

9° la description de la participation des parties à la mise en œuvre du plan stratégique en ce qui concerne l'animation de jeunesse.

Les conventions de prestations valent pour la durée du concept applicable.

Quatre mois avant la fin de la convention de prestations, les parties entament les discussions dans le cadre du comité de suivi en vue de conclure une nouvelle convention. Si une nouvelle convention de prestations n'est pas conclue pour le 1^{er} janvier de l'année suivante et si un concept approuvé existe pour la période de la convention à conclure, la convention arrivée à échéance est reconduite jusqu'au 31 mars. Si aucune convention de prestations n'est conclue pour le 1^{er} avril, le soutien est suspendu.

Art. 27. Comité de suivi.

En vue d'encadrer et d'évaluer les conventions de prestations, le Gouvernement institue pour chacune un comité de suivi où toutes les parties sont représentées. Le comité de suivi peut préciser les objectifs mentionnés dans le concept.

Le comité de suivi peut demander aux animateurs actifs dans la commune ainsi qu'aux personnes intéressées de participer avec voix consultative à ses réunions.

Art. 28. Subside.

§ 1^{er}. Les structures d'animation en milieu ouvert reçoivent un subside forfaitaire pour leurs frais de fonctionnement si elles :

- 1° satisfont aux critères généraux de soutien mentionnés à l'article 5;
- 2° disposent d'un concept approuvé par le Gouvernement conformément à l'article 25;
- 3° remplissent l'objectif mentionné à l'article 22;
- 4° comptent au moins deux membres du conseil d'administration domiciliés dans la commune;
- 5° sont parties à une convention de prestations mentionnée à l'article 26;
- 6° disposent de locaux ouverts au moins deux jours par semaine, à raison de huit heures par semaine au moins, sauf pendant quatre semaines par an.

Le subside s'élève à

- 1° 7.500 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant moins de 2 000 jeunes et a un lieu d'implantation;
- 2° 15.000 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant moins de 2 000 jeunes et a au moins deux lieux d'implantation;
- 3° 15.000 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant de 2 000 à 4 000 jeunes et a au moins un lieu d'implantation;
- 4° 22.500 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant de 2 000 à 4 000 jeunes et a au moins deux lieux d'implantation;
- 5° 30.000 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant de 2 000 à 4 000 jeunes et a au moins deux lieux d'implantation;
- 6° 37.500 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant plus de 4 000 jeunes et a au moins deux lieux d'implantation;
- 7° 45.000 euros lorsque la structure est active dans une commune comptant plus de 4 000 jeunes et a au moins trois lieux d'implantation.

§ 2. L'employeur est la commune concernée, la structure d'animation en milieu ouvert de ladite commune ou encore le Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone. Les employeurs parties à une convention de prestations reçoivent un subside pour les frais de personnel encourus, et ce pour :

- 1° au moins 0,5 et au plus 1 animateur exprimé en équivalents temps plein, s'ils sont actifs dans des communes comptant moins de 2 000 jeunes;
- 2° au moins 1 et au plus 1,5 animateur exprimé en équivalents temps plein, s'ils sont actifs dans des communes comptant de 2 000 à 4 000 jeunes;
- 3° au moins 1,5 et au plus 2,5 animateurs exprimés en équivalents temps plein, s'ils sont actifs dans des communes comptant plus de 4 000 jeunes.

Le subside est spécifié dans la convention de prestations, 87,5 % de la partie subsidiable des frais de personnel pour les animateurs prévus au premier alinéa étant pris en considération, dans la mesure où la commune participe à ces frais de personnel à hauteur de 12,5 %.

Le Gouvernement détermine les frais de personnel entrant en ligne de compte pour le calcul du subside ainsi que les modalités.

§ 3. Tous les montants s'appliquent sous réserve de l'article 7.

Section 5. — Soutien d'un Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone

Art. 29. Principe.

Le Gouvernement ne peut soutenir comme Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone qu'un seul opérateur de jeunesse qui :

- 1° satisfait aux critères généraux de soutien mentionnés à l'article 5;
- 2° conseille tous les autres opérateurs de jeunesse et les encadre pour les questions relatives à l'animation de jeunesse, y compris la réalisation d'analyses de l'espace social et l'élaboration de concepts;
- 3° assure le suivi du Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone;
- 4° rassemble et traite des données et informations sur la jeunesse en région de langue allemande;
- 5° coopère avec d'autres opérateurs de jeunesse, en Belgique et à l'étranger, ainsi qu'avec d'autres organisations;
- 6° est actif dans l'animation en milieu ouvert et dans l'animation de jeunesse ambulante;
- 7° s'occupe d'animation de jeunesse au niveau international;

8° prévoit dans ses statuts que des représentants du Gouvernement peuvent assister aux assemblées générales et aux réunions du conseil d'administration;

9° établit, pour l'animation de jeunesse, un programme annuel en tenant compte du plan stratégique;

10° est prestataire de services dans le seul secteur de la jeunesse;

11° dispose de ressources humaines et financières lui permettant de remplir ses missions.

Art. 30. Objectif de l'animation de jeunesse ambulante.

§ 1^{er}. L'animation de jeunesse ambulante relève du Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone. Elle consiste à accompagner et conseiller des jeunes gens traversant des situations de vie particulières.

L'animation de jeunesse ambulante utilise les méthodes du travail de rue, du travail de groupe et de l'aide individuelle. Elle revêt une forme coopérative et s'opère toutes organisations confondues. En outre, l'animation de jeunesse ambulante tient compte des connaissances qui résultent des analyses de l'espace social menées par l'animation en milieu ouvert dans la commune concernée.

§ 2. Le Gouvernement institue un comité de suivi composé comme suit :

1° des représentants du service d'aide à la jeunesse;

2° des représentants de l'enseignement à horaire réduit;

3° des représentants des communes où l'animation de jeunesse ambulante intervient;

4° des représentants des organisations qui encadrent et accueillent des jeunes.

5° des représentants du Gouvernement et

6° des représentants du service mandaté par le Gouvernement.

Art. 31. Documents soumis à approbation.

Les documents suivants, que le Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone établit chaque année et soumet pour le 1^{er} octobre de l'année précédente, nécessitent l'approbation du Gouvernement :

1° le budget ainsi que ses ajustements éventuels;

2° le programme annuel.

Art. 32. Obligations.

Le Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone

1° assure une gestion de la qualité, notamment par une évaluation interne;

2° charge, une fois par période de soutien, une personne physique ou morale indépendante d'évaluer sa structure organisationnelle et sa situation financière;

3° autorise en tout temps un service mandaté par le Gouvernement à réaliser un contrôle, y compris à consulter sa comptabilité;

4° met à la disposition du Gouvernement des données rendues anonymes conformément aux exigences administratives.

Art. 33. Contrat de gestion.

Le Gouvernement conclut un contrat de gestion avec le Bureau de la Jeunesse conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le contrat de gestion est conclu pour la durée du plan stratégique.

Art. 34. Subside.

Le Bureau de la Jeunesse reçoit un subside annuel proportionnel aux frais qu'il encourt pour son personnel, son fonctionnement et ses activités.

CHAPITRE 3. — *Formation et formation continuée*

Section 1^{re}. — Approbation de formations continuées pour les jeunes

Art. 35. Principe.

Le Gouvernement lance au moins une fois par an un appel à l'introduction de demandes en vue de l'approbation et du soutien financier de formations continuées pour les jeunes.

Les formations continuées approuvées par le Gouvernement mènent à des titres reconnus.

Art. 36. Demande.

§ 1^{er}. Les demandes d'approbation et de soutien introduites en vertu de l'article 35, alinéa 1^{er}, doivent remplir les conditions énoncées dans l'appel conformément à l'article 37 et être introduites auprès du Gouvernement avant le début de la formation continuée.

Les opérateurs de formations continuées ne souhaitant que la délivrance de titres reconnus introduisent leur demande d'approbation auprès du Gouvernement au plus tard trente jours avant le début de la formation continuée.

§ 2. La commission "Jeunesse" examine les demandes, sauf celles qu'elle introduit elle-même.

Art. 37. Critères généraux de contenu.

Une formation continuée est approuvée par le Gouvernement lorsque

1° la formation continuée :

a) s'adresse essentiellement à des jeunes domiciliés en région de langue allemande ou à des bénévoles actifs dans l'animation de jeunesse en région de langue allemande;

b) transmet, de manière non formelle, des aptitudes et capacités dans les domaines "compétences personnelles", "gestion de groupes", "compétences techniques" et "engagement socio-politique";

c) est accessible à tous les jeunes et à tous les bénévoles actifs dans le secteur de la jeunesse;

2° les opérateurs de formations continuées :

- a) disposent au moins de ressources matérielles permettant une organisation optimale de la formation continuée;
- b) font appel à des conférenciers spécialisés;
- c) appliquent des méthodes adaptées aux objectifs et au public-cible et
- d) prévoient obligatoirement une évaluation, par les participants, de la formation continuée organisée.

Le Gouvernement peut préciser les conditions.

Sur proposition motivée de la commission "Jeunesse", le Gouvernement peut approuver des formations continuées qui dérogent à un ou plusieurs critères mentionnés au premier alinéa.

Section 2. — Formation de base pour moniteurs bénévoles

Art. 38. Approbation.

La commission "Jeunesse" organise la formation de base menant au titre reconnu de moniteur bénévole, dans la mesure où :

1° la commission "Jeunesse" soumet au Gouvernement, au moins 45 jours avant le début de la formation de base, l'horaire et les données relatives aux conférenciers;

2° elle remplit les conditions mentionnées aux articles 37 et 39.

Une formation de base qui n'est pas organisée par la commission "Jeunesse" mais remplit les conditions mentionnées aux articles 37 et 39 peut mener à un titre reconnu de moniteur bénévole si :

1° la commission "Jeunesse" a rendu un avis positif à son sujet;

2° elle est ouverte à tous les jeunes intéressés;

3° l'horaire et les données relatives aux conférenciers sont communiqués au Gouvernement au moins 45 jours avant le début de la formation de base.

Art. 39. Conditions spécifiques de la formation de base.

§ 1^{er}. La formation de base se compose de deux cycles.

Le premier cycle compte au moins 40 heures de théorie ainsi qu'une formation aux premiers secours. Il prépare les apprenants à diriger un groupe de jeunes gens de manière responsable et à soutenir ce groupe dans la réalisation de ses projets, à programmer et organiser des animations ou des projets de manière autonome, à observer des processus de groupe - en étant attentif à soutenir particulièrement les moniteurs en vue de protéger les jeunes gens contre le manque de soins, la violence et l'abus sexuel - et à réagir, le cas échéant, de manière adéquate d'un point de vue pédagogique. En outre, le cycle transmet aux apprenants des connaissances quant aux structures de l'animation de jeunesse en Communauté germanophone.

Le second cycle compte au moins 30 heures et consiste au choix

1° en un stage où l'apprenant est encadré par un accompagnateur de stage et anime un groupe de jeunes pendant au moins 15 heures de manière autonome;

2° en un stage où l'apprenant est encadré par un accompagnateur de stage et anime un groupe de jeunes pendant au moins 8 heures de manière autonome, ainsi qu'en une formation théorique d'au moins 16 heures ou

3° en une formation théorique.

Le second cycle sert à approfondir les connaissances acquises au cours du premier.

§ 2. La participation au second cycle n'est possible qu'après avoir participé avec fruit au premier.

§ 3. Les jeunes peuvent participer au premier cycle menant à l'obtention du titre reconnu de moniteur bénévole au plus tôt à l'âge de 15 ans.

Art. 40. Accompagnateur de stage.

L'accompagnateur de stage participe à une formation continuée théorique comptant au moins 20 heures et qui l'initie aux contenus du premier cycle de formation et aux missions d'un accompagnateur de stage. En outre, il remplit les conditions suivantes :

1° être ou avoir été occupé à titre principal dans le secteur de la jeunesse ou

2° avoir une expérience de deux ans comme moniteur bénévole et participer à l'organisation d'au moins 20 heures du premier cycle de formation.

Section 3. — Titres reconnus

Art. 41. Délivrance de titres reconnus.

Les opérateurs de formations de base et continuées approuvées transmettent au Gouvernement les données relatives aux participants qui ont terminé avec fruit une formation de base ou continuée approuvée et souhaitent obtenir un titre reconnu du Gouvernement. Le Gouvernement délivre à ces personnes un titre reconnu.

Art. 42. Mentions figurant sur les titres reconnus.

Les titres reconnus sont délivrés par le Gouvernement et reprennent :

1° les nom, prénom, date et lieu de naissance de la personne ayant suivi la formation;

2° les nom et prénom de l'accompagnateur de stage responsable;

3° la dénomination de l'opérateur de la formation de base ou continuée;

4° l'intitulé, la description du contenu, la durée et les objectifs de la formation de base ou continuée suivie;

5° les nom, prénom et qualification des conférenciers;

6° la date de la formation de base ou continuée et celle du stage;

7° la date à laquelle le titre reconnu a été établi;

8° la signature du ministre compétent ou de son délégué.

Selon le titre reconnu, le Gouvernement peut fixer des données supplémentaires, dans la mesure où il ne s'agit pas de données à caractère personnel.

*Section 4. — Formations continuées pour les animateurs***Art. 43.** Formations continuées pour les animateurs.

Afin qu'un subside puisse être octroyé conformément aux articles 13, 21 et 28, § 2, l'animateur engagé doit régulièrement participer à des formations continuées répondant aux exigences de l'opérateur de jeunesse concerné. Ces formations doivent avoir lieu tous les trois ans et compter 90 heures au moins.

Les animateurs qui, lors de leur engagement par un opérateur de jeunesse, ne sont pas porteurs du diplôme de l'enseignement supérieur dans le secteur socio-pédagogique mentionné à l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, 2^o, a), doivent suivre une formation continuée relative à la protection des jeunes gens contre le manque de soins, la violence et l'abus sexuel, et ce au plus tard un an après leur engagement.

*Section 5. — Soutien de formations et de formations continuées***Art. 44.** Subsidés pour l'organisation de formations continuées.

Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer des subsidés pour l'organisation de formations continuées approuvées lorsqu'une demande a été introduite dans le cadre de l'appel mentionné à l'article 35, alinéa 1^{er}.

Le logo de la Communauté germanophone avec la mention "Deutschsprachige Gemeinschaft" doit figurer sur toutes les publications ayant trait à des formations continuées soutenues.

Art. 45. Subsidés pour la participation à des formations et formations continuées.

Des subsidés peuvent être octroyés à l'employeur de l'animateur de jeunesse concerné pour la participation à des formations conformément à l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, 2^o, b), ou à des formations continuées conformément à l'article 43, et ce à concurrence de 650 euros par participant et par année budgétaire, sous réserve de l'article 7.

*CHAPITRE 4. — Soutien d'un Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone***Art. 46.** Principe.

En région de langue allemande, le Gouvernement ne peut soutenir qu'un Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone répondant aux conditions suivantes :

- 1^o il est constitué en association sans but lucratif ayant son siège en Communauté germanophone;
- 2^o il est indépendant politiquement et philosophiquement et respecte les articles 6 et 7 de la loi du 16 juillet 1973 garantissant la protection des tendances idéologiques et philosophiques;
- 3^o ses membres sont des jeunes "isolés" et d'autres organisations non soutenues de la Communauté germanophone principalement actives dans le domaine de la jeunesse, ainsi qu'au moins quatre cinquièmes de tous les opérateurs de jeunesse soutenus conformément au chapitre 2, sections 2 à 4;
- 4^o il défend les intérêts des jeunes gens en jouant le rôle de porte-parole;
- 5^o il prend les initiatives qu'il juge utiles pour examiner et résoudre les problèmes ainsi que pour étendre les possibilités d'épanouissement et la participation des jeunes en Communauté germanophone;
- 6^o il réalise des projets pour et avec des jeunes gens et ses membres et est ouvert, pour ce, à tous les jeunes;
- 7^o il prend les initiatives et développe les méthodes qu'il juge utiles pour réaliser ses objectifs, et ce tant au niveau régional, national, européen qu'international.

Art. 47. Avis.

Le Conseil de la jeunesse peut, d'initiative, rendre un avis sur tout thème concernant les jeunes gens en Communauté germanophone.

Lorsque des projets et propositions de décrets ont une incidence sur la situation des opérateurs de jeunesse et du Conseil de la jeunesse, le ministre compétent ou le Président du Parlement de la Communauté germanophone sollicite l'avis du Conseil de la jeunesse. Dans les 40 jours à dater de la réception par le Conseil de la jeunesse, celui-ci doit remettre son avis au demandeur.

Le Conseil de la jeunesse peut être chargé, par le Président du Parlement ou par le Gouvernement de la Communauté germanophone, d'émettre un avis sur des thèmes pertinents pour la jeunesse.

Art. 48. Subside.

Le Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone reçoit un subside annuel forfaitaire de 15.000 euros. Ce forfait comprend les indemnités de déplacement et les jetons de présence des membres.

Art. 49. Obligations.

Le Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone

- 1^o conseille le Gouvernement et le Parlement;
- 2^o informe le Gouvernement sur ses activités et décisions;
- 3^o informe le Gouvernement sur ses statuts et toutes leurs modifications;
- 4^o rencontre au moins une fois par an le Gouvernement et discute, en choisissant une approche multidisciplinaire, des évolutions locales, régionales, nationales, européennes et internationales dans le domaine de la politique de la jeunesse. D'autres opérateurs de jeunesse et des experts peuvent aussi être invités;
- 5^o autorise en tout temps un service mandaté par le Gouvernement à réaliser un contrôle, y compris à consulter sa comptabilité;
- 6^o participe activement à l'élaboration du plan stratégique, à sa mise en œuvre et à son évaluation.

CHAPITRE 5. — *Commission "Jeunesse" de la Communauté germanophone***Art. 50.** Création.

Il est créé une commission "Jeunesse" de la Communauté germanophone. Le Gouvernement en assure le suivi.

Art. 51. Missions.

Les missions de la commission "Jeunesse" sont les suivantes :

1° organiser et évaluer la formation de base conformément à l'article 39 ainsi que la formation continuée pour les accompagnateurs de stage conformément à l'article 40, pour ordre du Gouvernement;

2° organiser et évaluer les formations continuées pour les jeunes, les accompagnateurs de stage et les moniteurs bénévoles;

3° examiner conformément à l'article 36, § 2, et à l'article 38, alinéa 3, les formations continuées organisées par d'autres opérateurs, les coordonner et les évaluer;

4° pour ordre du Gouvernement ou d'initiative, formuler des avis à propos du thème de la formation et de la formation continuée des jeunes.

Avec l'accord du Gouvernement, la commission "Jeunesse" peut confier l'organisation de formations continuées à des spécialistes.

Art. 52. Membres.

§ 1^{er}. La commission "Jeunesse" se compose de quatre membres au moins et de neuf membres au plus, désignés par le Gouvernement après un appel public lancé aux opérateurs de jeunesse. Le Gouvernement désigne le président parmi les membres de la commission "Jeunesse".

Un membre est désigné sur la proposition du Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone. Un autre membre représente les services du Gouvernement. Les membres restants disposent de qualifications socio-pédagogiques.

Plus de la moitié des membres de la commission "Jeunesse", à l'exception du représentant du service du Gouvernement, représentent les opérateurs de jeunesse soutenus.

§ 2. Le mandat a une durée de trois ans. Une nouvelle désignation est possible.

Lorsque le mandat d'un membre prend fin prématurément, un membre nouvellement désigné achève le mandat.

Art. 53. Fonctionnement.

La commission "Jeunesse" se réunit au moins quatre fois par an sur invitation du président. Le président peut convoquer d'autres séances. Les séances ordinaires se déroulent à huis clos.

Moyennant accord du Gouvernement ou de son délégué, des experts peuvent être invités.

Les décisions prises par la commission "Jeunesse" font l'objet d'un consensus. La commission "Jeunesse" peut délibérer valablement lorsque la moitié des membres sont présents, avec un quorum de trois membres.

Elle se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement.

Art. 54. Procès-verbaux, évaluation.

Après chaque séance, la commission "Jeunesse" soumet au Gouvernement un procès-verbal contenant notamment les avis. Pour le 1^{er} mars, elle soumet au Gouvernement une évaluation des formations de base et continuées dispensées l'année précédente.

Art. 55. Indemnités.

Les membres de la commission "Jeunesse" ainsi que les personnes participant aux séances en application de l'article 53, alinéa 2, ont droit à des jetons de présence et à des indemnités pour frais de déplacement aux conditions fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales***Art. 56.** Généralités.

Les subsides à liquider en vertu du présent décret remplacent toutes les prestations revenant aux bénéficiaires en vertu du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus.

Art. 57. Contrôle.

Le Gouvernement peut en tout temps faire examiner si les conditions prévues dans le présent décret sont remplies.

Art. 58. Modification du décret du 16 décembre 1991.

Dans l'article 17, § 1^{er}, 6^e tiret, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E., inséré par le décret du 27 juin 2011, les mots "Conseil de la Jeunesse d'expression allemande" sont remplacés par les mots "Conseil de la jeunesse".

CHAPITRE 7. — *Dispositions modificatives et abrogatoires***Art. 59.** Modification de l'intitulé du décret du 23 mars 1992.

Dans l'intitulé du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, modifié par les décrets des 14 décembre 1998, 7 mai 2007 et 17 novembre 2008, les mots "ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus" sont supprimés sans être remplacés.

Art. 60. Modification de l'article 1^{er} du décret du 23 mars 1992.

Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 14 décembre 1998, 7 mai 2007 et 17 novembre 2008, les mots "ainsi qu'aux organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus" sont supprimés sans être remplacés.

Art. 61. Abrogation de l'article 9 du décret du 23 mars 1992.

L'article 9 du même décret, modifié par les décrets des 4 mars 1996, 14 novembre 1998 et 20 février 2006, est abrogé.

Art. 62. Abrogation de l'article 10 du décret du 23 mars 1992.

L'article 10 du même décret, remplacé par le décret du 4 mars 1996 et modifié par les décrets des 14 décembre 1998, 20 février 2006, 27 avril 2009 et 15 mars 2010, est abrogé.

Art. 63. Modification de l'article 11 du décret du 23 mars 1992.

Dans l'article 11 du même décret, modifié par le décret du 4 mars 1996, les mots "aux articles 6 à 10" sont remplacés par les mots "à l'article 7".

Art. 64. Abrogation de l'article 11bis du décret du 23 mars 1992.

L'article 11bis du même décret, inséré par le décret du 20 février 2006, est abrogé.

Art. 65. Abrogation du décret du 14 décembre 1998.

Le décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, modifié par les décrets des 7 janvier 2002, 1^{er} mars 2004, 20 février 2006 et 27 avril 2009, est abrogé.

Art. 66. Modification du décret du 19 avril 2004.

Dans l'article 27, § 2, 3^o, du décret sur le sport du 19 avril 2004, les mots "diplôme de moniteur en animation pour jeunes" sont remplacés par les mots "titre reconnu de moniteur bénévole".

Art. 67. Modification du décret du 27 juin 2005.

Dans l'article 111, § 1^{er}, alinéa 3, 5^o, du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, les mots "du Conseil de la Jeunesse germanophone" sont remplacés par les mots "de l'association reconnue comme Conseil de la jeunesse de la Communauté germanophone".

Art. 68. Abrogation de l'arrêté royal du 30 décembre 1983.

L'arrêté royal du 30 décembre 1983 portant création d'un Conseil de la jeunesse d'expression allemande, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 29 mai 1996, 24 septembre 2002 et 5 juillet 2005, est abrogé.

Art. 69. Modification de l'intitulé de l'arrêté du Gouvernement du 6 juillet 1992.

Dans l'intitulé de l'arrêté du Gouvernement du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, les mots "les musées reconnus," et ", les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus" sont abrogés.

Art. 70. Modification de l'arrêté du Gouvernement du 8 décembre 1993.

Dans l'arrêté du Gouvernement du 8 décembre 1993 fixant des dispositions transitoires pour le décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs régionaux reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'intitulé de l'arrêté, les mots "les musées reconnus," et ", les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus" sont abrogés;

2^o dans l'article 1^{er}, les mots "les musées reconnus," et ", les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus" sont abrogés.

Art. 71. Modification de l'arrêté du Gouvernement du 2 septembre 1994.

Dans l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 2 septembre 1994 portant installation d'une Commission d'apprentissage en application de l'article 34 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., les mots "Conseil de la Jeunesse germanophone" sont remplacés par les mots "Conseil de la jeunesse".

Art. 72. Abrogation de l'arrêté du Gouvernement du 18 mai 1999.

L'arrêté du Gouvernement du 18 mai 1999 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes est abrogé.

Art. 73. Abrogation de l'arrêté du Gouvernement du 9 juin 1999.

L'arrêté du Gouvernement du 9 juin 1999 fixant des dispositions transitoires pour le décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs régionaux reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la Formation des Adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus est abrogé.

CHAPITRE 8. — *Dispositions transitoires*

Art. 74. Subsidés pour l'année 2012.

§ 1^{er}. Pour l'année civile 2012, les organisations de jeunesse qui, pour le 31 mai 2012, ainsi que les centres d'information pour la jeunesse et les structures d'animation de jeunesse en milieu ouvert qui, pour le 31 mars 2012, introduisent un concept conformément au présent décret reçoivent les subsidés sur la base du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus. À titre transitoire, ils obtiennent un subside annuel du même montant que celui octroyé pour l'année 2011. Les centres de jeunesse qui, pendant la période allant du 1^{er} janvier 2011 au 31 décembre 2011, ne sont pas des structures reconnues d'animation en milieu ouvert mais sont malgré tout parties à une convention de prestations, obtiennent pour l'année civile 2012 le subside annuel mentionné à l'article 15 du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, modifié par l'article 47 du décret-programme du 7 janvier 2002 ainsi que par l'article 14 du décret-programme du 1^{er} mars 2004, le coefficient

mentionné à l'article 20 dudit décret étant celui de l'année budgétaire 2011. En ce qui concerne les centres d'information pour la jeunesse qui sont actifs jusqu'au 1^{er} janvier 2012 dans le cadre d'une convention de prestations conformément à l'article 19, le subside annuel et le subside pour frais de personnel peuvent être adaptés.

Les centres de jeunesse reconnus conformément au décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes sont considérés comme structures d'animation en milieu ouvert jusqu'au 31 décembre 2012.

Si le concept n'est pas introduit en temps utile, le subventionnement est suspendu au 1^{er} juin 2012.

§ 2. Pour l'année civile 2012, les organisations de jeunesse qui introduisent un concept conformément au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, première phrase, reçoivent pour leurs camps un subside égal à celui octroyé pour l'année 2011.

Art. 75. Procédure s'il n'existe pas de convention de prestations avant l'entrée en vigueur du présent décret.

S'il n'existe, avant l'entrée en vigueur du présent décret, aucune convention de prestations ("marché de services") au sens de l'article 15, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes ou aucun accord au sens de l'article 18bis du même décret, le premier concept au sens de l'article 24 est transmis à la commune concernée pour qu'elle prenne position.

S'il n'existe, au plus tard à la date d'entrée en vigueur du présent décret, aucune convention de prestations ("contrat de services") au sens de l'article 16, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, le premier concept au sens de l'article 17 est transmis aux communes du canton concerné pour qu'elles prennent position.

S'il existe, avant l'entrée en vigueur du présent décret, une convention de prestations au sens des articles 15, § 1^{er}, et 16, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, ou un accord au sens de l'article 18bis du même décret, il faut entendre par "comité de suivi" au sens des articles 20 et 27 du présent décret celui qui est composé par les parties de la convention de prestations existante.

Art. 76. Opérateurs de jeunesse qui ne sont pas constitués en association sans but lucratif.

Les opérateurs de jeunesse qui ne sont pas constitués en association sans but lucratif sont ceux qui doivent se constituer en association sans but lucratif pour remplir les conditions du présent décret à partir du 1^{er} janvier 2013; ils doivent introduire auprès du Gouvernement, pour le 31 mars 2012, leurs statuts et la preuve qu'ils ont été déposés au tribunal de commerce.

Art. 77. Critères de soutien pour les opérateurs de jeunesse existants.

Les opérateurs de jeunesse reconnus conformément au décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, doivent remplir pour la première fois les critères de soutien au 1^{er} janvier 2013.

Art. 78. Critères de soutien pour les nouvelles structures d'animation en milieu ouvert.

Dans les communes où des centres de jeunesse sont déjà actifs conformément au décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes avant l'entrée en vigueur du présent décret, les structures d'animation en milieu ouvert nouvellement constituées ne doivent pas remplir le critère de soutien prévu à l'article 5, § 1^{er}, 8^o, en ce qui concerne le subventionnement de l'année 2013.

Art. 79. Application de l'article 5, § 3.

Les conditions prévues à l'article 5, § 3, ne valent pas pour le subventionnement des frais de personnel relatifs aux animateurs de jeunesse qui, avant l'entrée en vigueur du présent décret, étaient subsidiés conformément au décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus.

Art. 80. Plan stratégique.

Le premier plan stratégique est publié pour le 30 septembre 2012 au plus tard et ne se base pas encore sur les analyses de l'espace social à mener conformément à l'article 23.

Art. 81. Entrée en vigueur.

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2012. L'article 14, alinéa 1^{er}, 3^o, entre en vigueur le 1^{er} janvier 2013.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 6 décembre 2011.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme

H. MOLLERS,

Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

—
Note

Session 2011-2012.

Documents parlementaires : 86 (2010-2011), n° 1 Projet de décret.

86 (2011-2012), n°s 2-8 Propositions d'amendement.

86 (2011-2012), n° 9 Rapport.

86 (2011-2012), n° 10 Propositions d'amendement relatives au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : 6 décembre 2011, n° 31 Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2012 — 172

[2011/206334]

6 DECEMBER 2011. — Decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen wat volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Definities.

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° kinderen : personen van vier tot en met elf jaar;

2° jongeren : personen van twaalf tot en met dertig jaar;

3° jonge mensen : kinderen en jongeren;

4° niet-formeel leren : leren dat ingebed is in geplande activiteiten die niet uitdrukkelijk als leren worden bestempeld (wat leerdoelstellingen, leertijd of leerondersteuning betreft), maar die een belangrijk leerelement omvatten. Niet-formeel leren is vanuit het standpunt van de lerende in de regel een bewuste keuze en leidt doorgaans niet tot een certificering;

5° informeel leren : een leerproces dat voortvloeit uit dagelijkse activiteiten die verband houden met het werk, het gezin of de vrijetijdsbesteding. Dit leren wordt niet georganiseerd of gestructureerd (wat leerdoelstellingen, leertijd of leerondersteuning betreft). Informeel leren is in de meeste gevallen niet-intentioneel en leidt doorgaans niet tot een certificering;

6° gevoelens van zelfeffectiviteit : succeservaringen die via waardering leiden tot vertrouwen in het eigen kunnen inzake ondernemingszin, creativiteit en culturele activiteit;

7° vormgevingscompetenties : de motivatie en het vermogen om, uitgaande van een analyse van de situatie, samen met anderen de leefomgeving duurzaam vorm te geven;

8° jeugdwerker : gekwalificeerde persoon die op professionele basis bezig is met jeugdwerk;

9° vrijwillige jeugdleider : persoon die op vrijwillige en onbezoldigde basis bezig is met jeugdwerk binnen een jeugdvoorziening;

10° erkend bewijs : de akte uitgereikt door de Regering om een goedgekeurde basis- of voortgezette opleiding individueel te erkennen;

11° opleidingen en voortgezette opleidingen : opleidingen en voortgezette opleidingen voor jongeren, alsook voor vrijwillige jeugdleiders, stagebegeleiders en jeugdwerkers die werkzaam zijn in het jeugdwerk in het Duitse taalgebied;

12° jeugdvoorziening : een jeugdorganisatie, een informatiecentrum voor jongeren, een aanbieder van open jeugdwerk of het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap;

13° jeugdgroep : georganiseerde groep van een jeugdorganisatie die in een bepaalde gemeente of een bepaald dorp activiteiten voor jonge mensen aanbiedt;

14° aanbieder van open jeugdwerk : een vereniging zonder winstoogmerk die zich in een gemeente bezighoudt met open jeugdwerk;

15° vestigingsplaats : ruimte waar ontmoetingswerk plaatsvindt om het in artikel 2, tweede en derde lid, beschreven jeugdwerk te verwezenlijken.

Art. 2. Voorwerp.

Dit decreet regelt de ondersteuning van jonge mensen, van het jeugdwerk, van de jeugdvoorzieningen en van de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap en de organisatie van opleidingen en voortgezette opleidingen voor jongeren en voor personen die werkzaam zijn in het jeugdwerk in het Duitse taalgebied.

Jeugdwerk heeft betrekking op buitenschoolse activiteiten en op specifieke vrijetijdsactiviteiten en is gebaseerd op niet-formele en informele leerprocessen en op vrijwillige deelneming.

Via passende activiteiten stimuleert jeugdwerk de individuele, sociale en culturele ontwikkeling van jonge mensen, rekening houdend met hun belangen en behoeften.

Art. 3. Gelijkheid van de geslachten.

Alle in dit decreet vermelde hoedanigheden gelden voor beide geslachten.

Art. 4. Strategisch plan.

De Regering keurt voor elke regeerperiode een sectoroverschrijdend strategisch plan goed en voert dit plan uit. In het strategisch plan worden de leefruimten van jonge mensen in de Duitstalige Gemeenschap geregistreerd en worden nadere doelstellingen en taken bepaald die de situatie van jonge mensen kunnen verbeteren. Het strategisch plan wordt bekendgemaakt in januari van het jaar waarin de verkiezingen voor het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap plaatsvinden en geldt vanaf het daaropvolgende jaar.

De Regering betreft de ondersteunde jeugdvoorzieningen, de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap en jonge mensen bij het opstellen van het strategisch plan. Daarbij wordt ook rekening gehouden met de resultaten van de analyse van de stand van zaken en van de evaluatie van het vorige strategisch plan die eenmaal per jaar door de Regering moeten worden gemaakt, alsook met de resultaten van de sociaal-ruimtelijke analyses die de aanbieders van open jeugdwerk moeten opstellen.

De Regering legt het strategisch plan ter goedkeuring voor aan het Parlement.

HOOFDSTUK 2. — *Ondersteuning van de jeugdvoorzieningen**Afdeling 1. — Algemene bepalingen***Art. 5.** Algemene ondersteuningscriteria.

§ 1. In het kader van dit decreet worden jeugdvoorzieningen ondersteund die :

- 1° zijn opgericht als vereniging zonder winstoogmerk met zetel in de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° krachtens hun statuten belangstellende jongeren opnemen;
- 3° werkzaam zijn op het gebied van jeugdwerk in het Duitse taalgebied;
- 4° jonge mensen de mogelijkheid bieden om ervaringen op te doen die hun gevoel van zelfeffectiviteit versterken en om vormgevingscompetenties aan te leren;
- 5° de participatie van jonge mensen in hun jeugdvoorziening stimuleren;
- 6° activiteiten aanbieden en maatregelen nemen waarbij de behoeften van jonge mensen centraal staan;
- 7° rekening houden met de bijzondere belangen van kansarme jonge mensen, jonge mensen met een migratieachtergrond en jonge mensen met een handicap;
- 8° minstens vier van de in § 2 vermelde prioriteiten in de praktijk brengen;
- 9° sinds ten minste één jaar bestaan en activiteiten organiseren;
- 10° ervoor zorgen dat de activiteiten door jeugdwerkers of vrijwillige jeugdleiders geleid worden;
- 11° in het Duitse taalgebied over de infrastructuur beschikken die voor de activiteiten noodzakelijk is;
- 12° een behoorlijke, autonome boekhouding overleggen die altijd mag worden ingezien en financiële controle mogelijk maakt;
- 13° bij de door de Regering aangewezen dienst jaarlijks, uiterlijk op 31 maart, een balans en een resultatenrekening van het vorige boekjaar, alsook een begroting voor het volgende boekjaar indienen;
- 14° hun leden en de bevolking regelmatig over hun activiteiten informeren.

§ 2. De prioriteiten van het jeugdwerk zijn :

- 1° maatschappelijk-politieke en maatschappelijke vorming ter stimulering van : de belangstelling om deel te nemen aan het politieke en maatschappelijke leven, het vermogen om maatschappelijk-politieke ontwikkelingen kritisch te beoordelen en de bereidheid om maatschappelijk-politieke ontwikkelingen actief mee vorm te geven;
- 2° cultureel jeugdwerk om creativiteit en culturele uitdrukkingsvormen te bevorderen;
- 3° vrijetijdsgeoriënteerd jeugdwerk om bij te dragen tot algemene ontplooiing via sport, spel en beweging;
- 4° werken met media ter ondersteuning van de vaardigheid om media kritisch en bewust te benutten;
- 5° intercultureel jeugdwerk ter ondersteuning van interculturele competentie en zelfvinding;
- 6° gendergedifferentieerde activiteiten voor meisjes en jongens om gelijkheid van kansen te bevorderen en genderclichés te overstijgen;
- 7° intergemeenschappelijk en internationaal jeugdwerk om een goede verstandhouding binnen België en op internationaal niveau te bevorderen, alsook om de waarborging van de vrede en de Europese identiteit te bevorderen.

Uitgaande van de vrijwillige participatie van jonge mensen vervullen ondersteunde jeugdvoorzieningen hun taken in het kader van die prioriteiten, op eigen verantwoordelijkheid en met gebruik van verscheidene methoden.

§ 3. Indien jeugdvoorzieningen op grond van dit decreet jeugdwerkers in dienst hebben, moeten die jeugdwerkers aan de volgende voorwaarden voldoen :

- 1° een uittreksel uit het strafregister overleggen waarin geen veroordeling tot een gevangenisstraf van meer dan zes maanden staat;
- 2° a) ofwel houder zijn van een diploma van het hoger sociaal-pedagogisch onderwijs
- b) ofwel houder zijn van een eindgetuigschrift of een eindeleertijdsgetuigschrift, voldoende ervaring als animator bewijzen en zich ertoe verplichten om, nadat men aangesteld is als jeugdwerker, een sociaal-pedagogische opleiding af te sluiten die, op voorstel van de jeugdcommissie, door de Regering wordt goedgekeurd.

Op basis van een gemotiveerd voorstel van de jeugdcommissie kan de Regering :

- 1° andere diploma's dan die vermeld in het eerste lid, 2°, a), als gelijkwaardig erkennen;
- 2° opleidingen in een ander vakgebied dan dat vermeld in het eerste lid, 2°, b), goedkeuren om in een specifieke behoefte te voorzien.

Art. 6. Aanvullende subsidies.

Ondersteunde jeugdvoorzieningen kunnen, naast de forfaitaire subsidies vermeld in de artikelen 13, 21, 28 en 34, een subsidie voor bijzondere projecten of interne voortgezette opleidingen krijgen. De Jeugdraad kan, naast de forfaitaire subsidie vermeld in artikel 48, een subsidie voor bijzondere projecten krijgen.

Bijzondere projecten zijn projecten die tegelijk aan de volgende voorwaarden voldoen :

- 1° bijzonder belangrijk zijn voor de Duitstalige Gemeenschap en
- 2° gepaard gaan met uitzonderlijke kosten.

Bij de aanvragen voor bijzondere projecten of interne voortgezette opleidingen wordt een gedetailleerde staat van de ontvangsten en uitgaven en een beschrijving van de geplande activiteit gevoegd.

Art. 7. Aanpassing van de bedragen.

De Regering kan het bedrag van de verschillende subsidievormen aan de beschikbare begrotingsmiddelen aanpassen.

*Afdeling 2. — Ondersteuning van de jeugdorganisaties***Art. 8.** Ondersteuningscriteria voor jeugdorganisaties.

Jeugdorganisaties komen in aanmerking voor ondersteuning indien ze :

- 1° aan de algemene ondersteuningscriteria vermeld in artikel 5 voldoen;
- 2° voornamelijk tijdens het weekeinde en in de schoolvakanties activiteiten voor jonge mensen aanbieden, waarbij vergaderingen van het bestuur van de jeugdorganisatie niet als activiteiten in de zin van deze bepaling gelden;
- 3° over een concept beschikken dat de Regering overeenkomstig artikel 10 heeft goedgekeurd;
- 4° jaarlijks deelnemen aan de effectiviteitsdialoog vermeld in artikel 11.

Art. 9. Concept.

Het concept geldt voor de duur van het respectievelijk geldende strategisch plan en omvat op zijn minst :

- 1° een analyse van de sterke en zwakke punten;
- 2° een beschrijving van de uitvoering van minstens vier van de in artikel 5, § 2, vermelde prioriteiten;
- 3° een beschrijving van de plaatselijke situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft;
- 4° een beschrijving van de prioriteiten en van de toekomstvisie van de jeugdorganisatie;
- 5° het streefdoel en de structuur van de jeugdorganisatie;
- 6° een beschrijving van de interne communicatieregels, in voorkomend geval ook met betrekking tot de uitwisseling tussen de jeugdgroepen van de jeugdorganisatie;
- 7° een beschrijving van het plan om efficiënte public relations te kunnen waarborgen;
- 8° een beschrijving van de manier waarop de jeugdwerkers en vrijwillige jeugdleiders ondersteund en pedagogisch begeleid worden.

De Regering kan de vorm van het concept en de werkwijze voor het concept vastleggen.

Art. 10. Goedkeuring van het concept.

Uiterlijk op 31 mei van het jaar waarin het strategisch plan wordt bekendgemaakt, legt een reeds ondersteunde jeugdorganisatie aan de Regering een concept voor dat voldoet aan de ondersteuningscriteria vermeld in de artikelen 5 en 8.

Jeugdorganisaties die nog geen ondersteuning van de Regering hebben gekregen, kunnen hun concept jaarlijks tot uiterlijk 31 mei indienen. Het concept moet voldoen aan de ondersteuningscriteria vermeld in de artikelen 5 en 8.

De Regering onderzoekt het concept en keurt het uiterlijk op 31 augustus van het jaar waarin het concept werd ingediend, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5, 8 en 9.

Het concept treedt in werking op 1 januari van het jaar na de toekenning van de goedkeuring en geldt tot 31 december van het jaar waarin een nieuw strategisch plan wordt bekendgemaakt.

Art. 11. Effectiviteitsdialoog.

Elk jaar vindt in oktober een effectiviteitsdialoog plaats tussen vertegenwoordigers van een door de Regering aangewezen dienst en vertegenwoordigers van de ondersteunde jeugdorganisatie, waaraan ook leden van de raad van bestuur moeten deelnemen. In die dialoog komen de volgende onderwerpen aan bod :

- 1° de uitvoering van het concept;
- 2° de gebeurtenissen van het vorige jaar;
- 3° de eventuele toekenning van aanvullende subsidies;
- 4° in voorkomend geval de kampverslagen vermeld in artikel 14.

De door de Regering aangewezen dienst maakt notulen over de effectiviteitsdialoog op; die notulen bevatten informatie over de punten vermeld in het eerste lid, 1° tot 4°, en bevatten de doelstellingen voor het volgende jaar. De notulen worden aan de jeugdorganisatie bezorgd.

Art. 12. Categorieën.

§ 1. Jeugdorganisaties worden ingedeeld in zes categorieën.

§ 2. Jeugdorganisaties worden ingedeeld in categorie I indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 50 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° gemiddeld minstens drie activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties.

Jeugdorganisaties worden in categorie II ingedeeld indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 100 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° gemiddeld minstens drie activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties.

Jeugdorganisaties worden in categorie III ingedeeld indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 100 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° gemiddeld minstens drie activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties;
- 4° activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, organiseren tijdens de zomerschoolvakanties;
- 5° in verscheidene gemeenten van het Duitse taalgebied werkzaam zijn.

Jeugdorganisaties worden in categorie IV ingedeeld indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 300 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° gemiddeld minstens tien activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties;
- 4° minstens twintig dagen activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, organiseren tijdens de zomerschoolvakanties;
- 5° in verscheidene gemeenten van het Duitse taalgebied werkzaam zijn.

Jeugdorganisaties worden in categorie V ingedeeld indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 600 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° gemiddeld minstens vijftien activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties;
- 4° minstens dertig dagen activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, organiseren tijdens de zomerschoolvakanties;
- 5° in verscheidene gemeenten van het Duitse taalgebied werkzaam zijn.

Jeugdorganisaties worden in categorie VI ingedeeld indien ze :

- 1° overeenkomstig de artikelen 5 en 8 in aanmerking komen voor ondersteuning;
- 2° jaarlijks kunnen aantonen dat minstens 1 000 jonge mensen lid zijn van hun organisatie;
- 3° minstens één jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in dienst hebben;
- 4° gemiddeld minstens dertig activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, per maand organiseren buiten de zomerschoolvakanties;
- 5° minstens zestig dagen activiteiten in de zin van artikel 8, 2°, organiseren tijdens de zomerschoolvakanties;
- 6° in verscheidene gemeenten van het Duitse taalgebied werkzaam zijn.

§ 3. De categorie kan alleen gewijzigd worden op basis van het aantal jonge mensen dat lid is van een jeugdorganisatie, indien dit ledental tijdens twee opeenvolgende jaren kan worden bewezen.

Art. 13. Subsidie voor jeugdorganisaties.

Jeugdorganisaties van categorie I die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 2.500 euro.

Jeugdorganisaties van categorie II die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 10.000 euro.

Jeugdorganisaties van categorie III die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 15.000 euro. Bij aanstelling van een 0,5 jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, ontvangen jeugdorganisaties van categorie III aanvullend een jaarlijks forfait van 20.000 euro.

Jeugdorganisaties van categorie IV die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 20.000 euro. Bij aanstelling van jeugdwerkers wordt een aanvullend jaarlijks forfait toegekend :

- 1° voor 0,5 voltijds equivalent : 20.000 euro of
- 2° voor één voltijds equivalent : 40.000 euro.

Jeugdorganisaties van categorie V die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 30.000 euro. Bij aanstelling van jeugdwerkers wordt een aanvullend jaarlijks forfait toegekend :

- 1° voor 0,5 voltijds equivalent : 20.000 euro of
- 2° voor één voltijds equivalent : 40.000 euro.

Jeugdorganisaties van categorie VI die in aanmerking komen voor ondersteuning ontvangen een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 70.000 euro. Naast de verplichting om één jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in dienst te nemen, kan bij de aanstelling van aanvullende jeugdwerkers een jaarlijks forfait worden toegekend :

- 1° voor 0,5 voltijds equivalent : 20.000 euro of
- 2° voor één voltijds equivalent : 40.000 euro.

Art. 14. Subsidie voor jeugdkampen.

Voor elke jeugdgroep van een ondersteunde jeugdorganisatie die een jeugdkamp organiseert, moet de jeugdorganisatie aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° vóór 1 juni van het jaar waarin het kamp plaatsvindt, per jeugdkamp een formulier - waarvan de Regering het model vastlegt en dat informatie verschaft over het aantal jonge mensen, hun leeftijd, de naam van de groepen, de plaats, de namen van de jeugdleiders, het aantal jeugdleiders en het verloop van de dag - ingevuld indienen;

2° het jeugdkamp tussen 15 juni en 31 augustus organiseren;

3° voor pedagogische begeleiding zorgen, waarbij voor de begeleiding van vierentwintig jonge mensen in minstens twee vrijwillige jeugdleiders moet worden voorzien. Eén vrijwillige jeugdleider moet houder zijn van een erkend bewijs "vrijwillige jeugdleider" van de Duitstalige Gemeenschap of van een andere binnenlandse of buitenlandse overheid, waarbij jeugdleiders die een sociaal pedagogische opleiding aangevat of voltooid hebben, gelijkgesteld worden. De tweede vrijwillige jeugdleider moet de eerste opleidingscyclus overeenkomstig artikel 39, § 1, tweede lid, voltooid hebben;

4° per jeugdkamp een jeugdleider aanstellen die de hoofdvantwoordelijkheid draagt en die minstens achttien jaar is;

5° per jeugdkamp een jeugdleider aanwijzen die bevoegd is voor de medische begeleiding en de hygiëne. De jeugdleider moet geslaagd zijn voor een EHBO-cursus. Die cursus bestaat uit minstens één specifieke EHBO-cursus voor jeugdkampen en duurt op zijn minst zes uur. Er moet een gezondheidsmap worden bijgehouden;

6° een ongevallenverzekering voor alle jeugdleiders en deelnemers van het jeugdkamp sluiten;

7° een door de verhuurder afgegeven bericht over de brandveiligheid kunnen overleggen, dat informatie bevat over de nooduitgangen en de blusapparaten;

8° een door de Regering aangewezen dienst toestaan om ter plaatse controle uit te oefenen.

De ondersteunde jeugdorganisatie dient haar kampverslagen jaarlijks, uiterlijk tegen 30 september, in gebundelde vorm in bij de door de Regering aangewezen dienst. De Regering bepaalt de vorm en de inhoud van de kampverslagen.

Voor de organisatie van jeugdkampen kunnen ondersteunde jeugdorganisaties een forfait van 1 euro per dag en per deelnemer ontvangen.

Het forfaitaire bedrag wordt jaarlijks vastgelegd op basis van het gemiddelde aantal deelnemers en jeugdkampdagen in de laatste drie jaar.

Afdeling 3. — Ondersteuning van de informatiecentra voor jongeren

Art. 15. Een informatieaanbod voor het hele taalgebied.

In het kader van de prestatieovereenkomsten vermeld in artikel 19 zorgt de Regering ervoor dat een aanbod aan jongereninformatie ter beschikking wordt gesteld voor het hele Duitse taalgebied. Er kan hoogstens één prestatieovereenkomst voor het kanton Eupen en één prestatieovereenkomst voor het kanton Sankt Vith zijn.

Art. 16. Doelstelling van de informatiecentra voor jongeren.

Ondersteunde informatiecentra voor jongeren stellen informatie ter beschikking die op juistheid getoetst is en die betrouwbaar, volledig, neutraal en voor iedereen toegankelijk is. De informatie is zowel qua vorm als qua inhoud afgestemd op de behoeften van jongeren. De centra bieden jonge mensen permanent actuele informatie aan en helpen hen bij het zoeken naar informatie.

De informatiecentra voor jongeren doen in alle gemeenten van het betrokken kanton aan projectwerk om hun dienstverlening ter plaatse aan te bieden.

Voorts dragen de ondersteunde informatiecentra voor jongeren bij tot een op kennis gebaseerd jeugdbeleid door de voorhanden zijnde kennis over jongeren en jongereninformatie te registreren en te ontsluiten.

Art. 17. Concept.

Ondersteunde informatiecentra voor jongeren werken een concept uit in samenwerking met jongeren en met de gemeenten van het betrokken kanton.

Het concept geldt voor de duur van het respectievelijk geldende strategisch plan en omvat op zijn minst :

1° een beschrijving van de uitvoering van minstens vier van de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2;

2° een beschrijving van de verwezenlijking van de doelstelling vermeld in artikel 16;

3° een beschrijving van de implementatie van de specifieke doelstellingen en werkmethodes die voortvloeien uit de sociaal-ruimtelijke analyses van het open jeugdwerk van het betrokken kanton;

4° een beschrijving van de plaatselijke situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft;

5° gegevens over de uitbouw van een netwerk en de samenwerking met de partners die noodzakelijk zijn voor de voorlichting van de jongeren;

6° de manier waarop de kwaliteit van de structuur en van het aanbod wordt geëvalueerd, alsook de manier waarop het werk van de medewerkers wordt geëvalueerd.

De Regering kan de vorm van het concept en de werkwijze voor het concept vastleggen.

Art. 18. Goedkeuring van het concept.

Uiterlijk op 31 maart van het jaar waarin het strategisch plan wordt bekendgemaakt, legt het informatiecentrum voor jongeren aan de Regering een concept voor dat voldoet aan de ondersteuningscriteria en doelstellingen vermeld in de artikelen 5 en 16. De Regering legt het concept voor advies voor aan het begeleidingscomité vermeld in artikel 20.

De Regering toetst het concept en keurt het uiterlijk op 30 september van het jaar waarin het strategisch plan wordt bekendgemaakt, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5 en 17 en die gebaseerd zijn op het advies van het begeleidingscomité.

Het concept treedt in werking op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de Regering het concept heeft goedgekeurd en geldt tot 31 december van het jaar waarin een nieuw strategisch plan wordt bekendgemaakt.

Art. 19. Prestatieovereenkomsten.

§ 1. De informatiecentra voor jongeren worden ondersteund via een prestatieovereenkomst. De partners bij de overeenkomst zijn de Regering, de gemeenten en het informatiecentrum voor jongeren van het betrokken kanton.

§ 2. De prestatieovereenkomst bevat praktische bepalingen voor de uitvoering van het concept vermeld in artikel 17. Ze omvat :

1° de verplichtingen van elke partner bij de overeenkomst;

2° de taken en het werkvolume van de jeugdwerker;

3° de gegevens betreffende het beheer van de infrastructuur die ter beschikking staat;

4° de samenstelling, werkwijze, oproeping en taken van het begeleidingscomité;

5° de gegevens over de financiële middelen;

6° de nadere regels om de prestatieovereenkomst te controleren, te wijzigen en op te zeggen;

7° de openingstijden;

8° de doelgroepen;

9° de beschrijving van de manier waarop de partners bij de uitvoering van het strategisch plan voor het jeugdwerk betrokken zijn.

Prestatieovereenkomsten gelden voor de duur van het respectievelijk geldende concept.

Vier maanden voordat een prestatieovereenkomst afloopt, vatten de partners in het kader van het begeleidingscomité de onderhandelingen over een nieuwe prestatieovereenkomst aan. Indien tegen 1 januari van het daaropvolgende jaar geen prestatieovereenkomst is gesloten en indien al een goedgekeurd concept voor de duur van de af te sluiten prestatieovereenkomst voorhanden is, wordt de afgelopen prestatieovereenkomst verlengd tot 31 maart. Indien tegen 1 april geen prestatieovereenkomst is gesloten, wordt de ondersteuning beperkt tot de subsidies vermeld in artikel 21, § 2.

Art. 20. Begeleiding en evaluatie van de concepten van de informatiecentra voor jongeren.

§ 1. De Regering richt voor de begeleiding en evaluatie van elke prestatieovereenkomst telkens een begeleidingscomité op, waarin alle partners bij de overeenkomst vertegenwoordigd zijn. Het begeleidingscomité kan de doelstellingen van het concept preciseren.

Het begeleidingscomité kan de jeugdwerkers die werkzaam zijn in de gemeenten van het betrokken kanton en belangstellenden vragen om zijn vergaderingen met raadgevende stem bij te wonen.

§ 2. Indien geen prestatieovereenkomst is gesloten, dient het betrokken informatiecentrum voor jongeren jaarlijks een verslag over de uitvoering van het goedgekeurde concept in bij de Regering. Vervolgens wordt een gemeenschappelijke evaluatie gemaakt.

De door de Regering aangewezen dienst maakt notulen over de uitvoering van het concept op; die notulen bevatten de doelstellingen voor het volgende jaar. De notulen worden aan het informatiecentrum voor jongeren bezorgd.

Art. 21. Subsidie.

§ 1. Informatiecentra voor jongeren ontvangen een subsidie om hun werkings- en personeelskosten te dekken indien ze :

- 1° aan de ondersteuningscriteria vermeld in artikel 5 voldoen;
- 2° over een concept beschikken dat de Regering overeenkomstig artikel 18 heeft goedgekeurd;
- 3° aan de doelstelling vermeld in artikel 16 voldoen;
- 4° partner zijn bij een prestatieovereenkomst vermeld in artikel 19;
- 5° minstens één jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in dienst hebben.

De jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten bedraagt 30.000 euro.

De subsidie voor de personeelskosten van de jeugdwerkers wordt geval voor geval in de prestatieovereenkomst vastgelegd, waarbij :

1° 87,5 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten voor de eerste jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in aanmerking wordt genomen, voor zover de lokale besturen 12,5 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen;

2° 80 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten van de tweede jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in aanmerking wordt genomen, voor zover de lokale besturen 20 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen.

§ 2. Indien geen prestatieovereenkomst in de zin van artikel 19 wordt gesloten, ontvangt het betrokken informatiecentrum voor jongeren een jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten van 24.000 euro.

Voorts ontvangen informatiecentra voor jongeren die geen partner bij een prestatieovereenkomst zijn, een subsidie voor de personeelskosten voor één beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten. Die subsidie bedraagt 87,5 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten, voor zover lokale besturen 12,5 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen.

§ 3. De Regering bepaalt welke personeelskosten voor de berekening van de subsidie in aanmerking worden genomen en legt de nadere regels vast.

§ 4. Alle bedragen gelden met behoud van de toepassing van artikel 7.

Afdeling 4. — Ondersteuning van het open jeugdwerk

Art. 22. Doelstelling van het open jeugdwerk.

Het ondersteunde open jeugdwerk biedt activiteiten aan waaraan alle jongeren kunnen deelnemen zonder dat ze lid hoeven te zijn of zich hoeven aan te melden. Het ondersteunde open jeugdwerk gaat in op de behoeften en interessen van de jongeren. In het ondersteunde open jeugdwerk wordt gewerkt met de methoden van projectwerk, ontmoetingswerk, straathoekwerk en individuele hulp.

Art. 23. Sociaal-ruimtelijke analyse.

De aanbieders van open jeugdwerk maken een sociaal-ruimtelijke analyse. Tegen 30 april van het jaar waarin de verkiezingen voor het parlement van de Duitstalige Gemeenschap plaatsvinden, worden de resultaten van die analyse aan de Regering meegegeeld.

Art. 24. Concept.

De aanbieders van open jeugdwerk werken samen met de jongeren en de betrokken gemeente een concept uit.

Het concept geldt voor de duur van het respectievelijk geldende strategisch plan en omvat op zijn minst een beschrijving van :

- 1° de uitvoering van minstens vier van de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2;
- 2° de uitvoering van de specifieke doelstellingen en methoden die uit de sociaal-ruimtelijke analyse voortvloeien;
- 3° de verwezenlijking van de doelstelling vermeld in artikel 22;
- 4° de plaatselijke situatie wat financiële, personele en materiële middelen betreft.

De Regering kan de vorm van het concept en de werkwijze voor het concept vastleggen.

Op het einde van de geldigheidsduur van het concept voert de aanbieder van het open jeugdwerk een sociaal-ruimtelijke analyse uit die als basis dient voor het nieuwe concept.

Art. 25. Goedkeuring van het concept.

Uiterlijk op 31 maart van het jaar waarin het strategisch plan wordt bekendgemaakt, legt de aanbieder van het open jeugdwerk een concept voor dat voldoet aan de ondersteuningscriteria en doelstellingen vermeld in de artikelen 5 en 22. De Regering legt het concept voor advies voor aan het begeleidingscomité vermeld in artikel 27.

De Regering toetst het concept en keurt het uiterlijk op 30 september van het jaar waarin het strategisch plan wordt bekendgemaakt, in voorkomend geval goed. Aan de goedkeuring kunnen voorwaarden worden verbonden die verband houden met het bepaalde in de artikelen 5 en 24 en die gebaseerd zijn op het advies van het begeleidingscomité.

Het concept treedt in werking op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de Regering het concept heeft goedgekeurd en geldt tot 31 december van het jaar waarin een nieuw strategisch plan wordt bekendgemaakt.

Art. 26. Prestatieovereenkomst.

§ 1. Open jeugdwerk wordt op gemeentelijk niveau ondersteund via een prestatieovereenkomst. De partners bij de overeenkomst zijn de Regering, de gemeente, de aanbieder van open jeugdwerk en, in voorkomend geval, het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De prestatieovereenkomst bevat praktische bepalingen voor de uitvoering van het concept vermeld in artikel 24. Ze omvat :

- 1° de verplichtingen van elke partner bij de overeenkomst;
- 2° de taken en het werkvolume van de jeugdwerker;
- 3° de gegevens betreffende het beheer van de infrastructuur die ter beschikking staat;
- 4° de samenstelling, werkwijze, oproeping en taken van het begeleidingscomité;
- 5° de gegevens over de werkgever van het personeel;
- 6° de gegevens over de manier waarop de financiële middelen over de vestigingsplaatsen worden verdeeld;
- 7° de nadere regels om de prestatieovereenkomst te controleren, te wijzigen en op te zeggen;
- 8° de doelgroepen;
- 9° de beschrijving van de manier waarop de partners bij de uitvoering van het strategisch plan voor het jeugdwerk betrokken zijn.

Prestatieovereenkomsten gelden voor de duur van het respectievelijk geldende concept.

Vier maanden voordat een prestatieovereenkomst afloopt, vatten de partners in het kader van het begeleidingscomité de onderhandelingen over een nieuwe prestatieovereenkomst aan. Indien tegen 1 januari van het daaropvolgende jaar geen prestatieovereenkomst is gesloten en indien al een goedgekeurd concept voor de duur van de af te sluiten prestatieovereenkomst voorhanden is, wordt de afgelopen prestatieovereenkomst verlengd tot 31 maart. Indien tegen 1 april geen prestatieovereenkomst is gesloten, wordt de ondersteuning stopgezet.

Art. 27. Begeleidingscomité.

De Regering richt voor de begeleiding en evaluatie van elke prestatieovereenkomst telkens een begeleidingscomité op, waarin alle partners bij de overeenkomst vertegenwoordigd zijn. Het begeleidingscomité kan de doelstellingen van het concept preciseren.

Het begeleidingscomité kan de jeugdwerkers die in de gemeente werkzaam zijn en belangstellenden vragen om zijn vergaderingen met raadgevende stem bij te wonen.

Art. 28. Subsidie.

§ 1. Aanbieders van open jeugdwerk ontvangen een forfaitaire subsidie voor hun werkingskosten indien ze :

- 1° aan de algemene ondersteuningscriteria vermeld in artikel 5 voldoen;
- 2° over een concept beschikken dat de Regering overeenkomstig artikel 25 heeft goedgekeurd;
- 3° aan de doelstelling vermeld in artikel 22 voldoen;
- 4° minstens twee leden van de raad van bestuur hebben die in de gemeente wonen;
- 5° partner zijn bij een prestatieovereenkomst vermeld in artikel 26;
- 6° over ruimten beschikken die wekelijks ten minste twee dagen en wekelijks ten minste acht uur open zijn, behalve tijdens vier weken per jaar.

De subsidie bedraagt :

- 1° 7.500 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met minder dan 2 000 jongeren en één vestigingsplaats heeft;
- 2° 15.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met minder dan 2 000 jongeren en minstens twee vestigingsplaatsen heeft;
- 3° 15.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met 2 000 tot 4 000 jongeren en minstens één vestigingsplaats heeft;
- 4° 22.500 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met 2 000 tot 4 000 jongeren en minstens twee vestigingsplaatsen heeft;
- 5° 30.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met 2 000 tot 4 000 jongeren en minstens drie vestigingsplaatsen heeft;
- 6° 37.500 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met meer dan 4 000 jongeren en minstens twee vestigingsplaatsen heeft;
- 7° 45.000 euro wanneer de aanbieder werkzaam is in een gemeente met meer dan 4 000 jongeren en minstens drie vestigingsplaatsen heeft.

§ 2. De werkgever is ofwel de betrokken gemeente, de aanbieder van het open jeugdwerk van de betrokken gemeente of het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap. Werkgevers die partner zijn bij een prestatieovereenkomst ontvangen subsidie voor de personeelskosten voor :

1° minstens 0,5 tot 1 beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met minder dan 2 000 jongeren;

2° minstens 1 tot 1,5 beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met 2 000 tot 4 000 jongeren;

3° minstens 1,5 tot 2,5 beklede betrekkingen van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, wanneer ze werkzaam zijn in gemeenten met meer dan 4 000 jongeren.

De subsidie wordt gedetailleerd in de prestatieovereenkomst vastgelegd, waarbij 87,5 % van het subsidiëerbare gedeelte van de personeelskosten van de in het eerste lid bepaalde jeugdwerkers in aanmerking wordt genomen, voor zover de gemeente 12,5 % van die personeelskosten voor haar rekening neemt.

De Regering bepaalt welke personeelskosten voor de berekening van de subsidie in aanmerking worden genomen en legt de nadere regels vast.

§ 3. Alle bedragen gelden met behoud van de toepassing van artikel 7.

Afdeling 5. — Ondersteuning van een Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 29. Principe.

De Regering kan slechts één jeugdvoorziening als Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap ondersteunen; die jeugdvoorziening :

1° voldoet aan de algemene ondersteuningscriteria vermeld in artikel 5;

2° adviseert en begeleidt alle andere jeugdvoorzieningen in verband met jeugdwerk, ook wat het maken van sociaal-ruimtelijke analyses en het uitwerken van concepten betreft;

3° begeleidt de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap;

4° verzamelt en verwerkt gegevens en inlichtingen over de jeugd in het Duitse taalgebied;

5° werkt samen met andere jeugdvoorzieningen in binnen- en buitenland, alsook met andere organisaties;

6° is werkzaam in het open jeugdwerk en het mobiele jeugdwerk;

7° houdt zich bezig met internationaal jeugdwerk;

8° bepaalt in haar statuten dat vertegenwoordigers van de Regering mogen deelnemen aan de vergaderingen van de algemene vergadering en van de raad van bestuur;

9° stelt een jaarprogramma op en houdt daarbij rekening met het strategisch plan;

10° biedt uitsluitend diensten in de jeugdsector aan;

11° beschikt over financiële en personele middelen om haar taken te kunnen uitoefenen.

Art. 30. Doelstelling van het mobiele jeugdwerk.

§ 1. Mobiel jeugdwerk ressorteert onder het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap. Mobiel jeugdwerk bestaat erin jonge mensen in bijzondere levensomstandigheden te begeleiden en te adviseren.

In het mobiele jeugdwerk wordt gewerkt met de methoden van straathoekwerk, groepswerk en individuele hulp. Mobiel jeugdwerk is gebaseerd op samenwerking en is organisatieoverschrijdend. Voorts houdt mobiel jeugdwerk rekening met de conclusies die voortvloeien uit de sociaal-ruimtelijke analyse van het open jeugdwerk van de betrokken gemeente.

§ 2. De Regering richt een begeleidingscomité op dat is samengesteld uit :

1° vertegenwoordigers van de dienst voor jeugdbijstand;

2° vertegenwoordigers van het onderwijs met beperkt leerplan;

3° vertegenwoordigers van de gemeenten waar mobiel jeugdwerk wordt aangeboden;

4° vertegenwoordigers van de organisaties die jongeren begeleiden en opvangen;

5° vertegenwoordigers van de Regering en

6° vertegenwoordigers van de door de Regering aangewezen dienst.

Art. 31. Stukken die ter goedkeuring moeten worden voorgelegd.

De volgende stukken, die het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap jaarlijks opmaakt en tot 1 oktober van het voorafgaande jaar indient, moeten door de Regering worden goedgekeurd :

1° de begroting en de eventuele aanpassingen ervan;

2° het jaarprogramma.

Art. 32. Plichten.

Het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap :

1° zorgt voor kwaliteitsmanagement, in het bijzonder door interne evaluatie;

2° belast een onafhankelijke natuurlijke persoon of rechtspersoon één keer per ondersteuningsperiode met het evalueren van zijn organisatiestructuur en financiële situatie;

3° biedt een door de Regering aangewezen dienst te allen tijde de mogelijkheid om controle uit te oefenen en zijn boekhouding in te kijken;

4° stelt overeenkomstig de administratieve voorschriften geanonimiseerde gegevens ter beschikking van de Regering.

Art. 33. Beheerscontract.

De Regering sluit met het Jeugdbureau een beheerscontract overeenkomstig artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Het beheerscontract wordt gesloten voor de duur van het strategisch plan.

Art. 34. Subsidie.

Het Jeugdbureau ontvangt een jaarlijkse ondersteuning die in verhouding staat tot zijn personeels-, werkings- en activiteitskosten.

HOOFDSTUK 3. — *Opleiding en voortgezette opleiding**Afdeling 1. — Goedkeuring van voortgezette opleidingen voor jongeren***Art. 35. Principe.**

De Regering doet ten minste één keer per jaar een oproep tot het indienen van aanvragen om goedkeuring en/of financiële ondersteuning van voortgezette opleidingen voor jongeren.

De door de Regering goedgekeurde voortgezette opleidingen leiden tot erkende bewijzen.

Art. 36. Aanvraag.

§ 1. De aanvragen om goedkeuring en ondersteuning die op basis van artikel 35, eerste lid, worden ingediend, moeten voldoen aan de in de oproep vermelde voorwaarden overeenkomstig artikel 37 en moeten vóór het begin van de voortgezette opleiding bij de Regering worden ingediend.

Aanbieders van voortgezette opleidingen die slechts erkende bewijzen wensen uit te reiken, dienen hun aanvraag om goedkeuring ten laatste 30 dagen vóór het begin van de voortgezette opleiding bij de Regering in.

§ 2. De jeugdcommissie brengt advies uit over de aanvragen, behalve over die welke ze zelf indient.

Art. 37. Algemene inhoudelijke criteria.

De Regering keurt een voortgezette opleiding goed indien :

1° de voortgezette opleiding :

a) zich voornamelijk richt tot jongeren die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben of tot vrijwilligers die in het Duitse taalgebied in het jeugdwerk werkzaam zijn;

b) op niet-formele wijze bekwaamheden en vaardigheden inzake "persoonlijke competenties", "groepsmanagement", "technische competenties" of "maatschappelijk en politiek engagement" verstrekt;

c) voor alle jongeren en voor alle in het jeugdwerk werkzame vrijwilligers toegankelijk is.

2° de aanbieders van de voortgezette opleiding ten minste :

a) over de materiële middelen beschikken om de voortgezette opleiding zo goed mogelijk te organiseren;

b) een beroep doen op deskundige voordrachtgevers;

c) methodes gebruiken die aangepast zijn aan de doelstellingen en aan het doelpubliek en

d) ertoe verplicht zijn ervoor te zorgen dat de deelnemers de georganiseerde voortgezette opleiding evalueren.

De Regering kan de voorwaarden nader bepalen.

Op basis van een gemotiveerd voorstel van de jeugdcommissie kan de Regering voortgezette opleidingen goedkeuren die afwijken van één of meer van de criteria vermeld in het eerste lid.

*Afdeling 2. — Basisopleiding "vrijwillige jeugdleider"***Art. 38. Goedkeuring.**

De jeugdcommissie organiseert de basisopleiding die leidt tot het erkende bewijs "vrijwillige jeugdleider", voor zover :

1° ze het lesrooster en de gegevens over de voordrachtgevers ten minste 45 dagen vóór het begin van de basisopleiding bij de Regering indient;

2° ze aan de voorwaarden van de artikelen 37 en 39 voldoet.

Een basisopleiding die niet door de jeugdcommissie georganiseerd wordt, maar aan de voorwaarden van de artikelen 37 en 39 voldoet, kan tot het erkende bewijs "vrijwillige jeugdleider" leiden indien :

1° de jeugdcommissie een positief advies over die basisopleiding geeft;

2° die basisopleiding toegankelijk is voor alle belangstellende jongeren;

3° de Regering ten minste 45 dagen vóór het begin van de basisopleiding over het lesrooster en de gegevens betreffende de voordrachtgevers beschikt.

Art. 39. Specifieke voorwaarden voor de basisopleiding.

§ 1. De basisopleiding bestaat uit twee cyclussen.

De eerste cyclus omvat ten minste 40 lestijden theorie en een EHBO-opleiding. In deze cyclus worden de op te leiden personen erop voorbereid een groep jonge mensen op verantwoordelijke wijze te leiden en deze groep bij de verwezenlijking van zijn projecten te ondersteunen, zelfstandig activiteiten of projecten te plannen en uit te voeren, groepsprocessen te observeren - met aandacht voor de bijzondere zorg van de jeugdleiders om jonge mensen tegen verwaarlozing, geweld en seksueel misbruik te beschermen - en zo nodig pedagogisch adequaat daarop te reageren. De cyclus verschaft de op te leiden personen bovendien kennis over de structuren van het jeugdwerk in de Duitstalige Gemeenschap.

De tweede cyclus omvat ten minste 30 lestijden en bestaat naar keuze uit :

1° een stage, waarbij de op te leiden persoon door een stagebegeleider ondersteund wordt en een jeugdgroep gedurende ten minste 15 uur zelfstandig leidt;

2° een stage, waarbij de op te leiden persoon door een stagebegeleider ondersteund wordt en een jeugdgroep gedurende ten minste acht uur zelfstandig leidt, alsook een theoretische opleiding van ten minste 16 lestijden of

3° een theoretische opleiding.

De tweede cyclus heeft tot doel de tijdens de eerste cyclus verworven kennis te verdiepen.

§ 2. Deelnemen aan de tweede cyclus is pas mogelijk nadat de eerste cyclus met succes is gevolgd.

§ 3. Jongeren mogen ten vroegste met 15 jaar deelnemen aan de eerste cyclus die leidt tot het erkende bewijs "vrijwillige jeugdleider".

Art. 40. Stagebegeleider.

De stagebegeleider neemt deel aan een theoretische voortgezette opleiding die ten minste 20 lestijden omvat en hem vertrouwd maakt met de inhoud van de eerste cyclus en met de taken van een stagebegeleider. Bovendien voldoet hij aan de volgende voorwaarden :

1° in hoofdberoep in de jeugdsector werkzaam zijn of geweest zijn of

2° twee jaar ervaring als vrijwillige jeugdleider hebben en aan de organisatie van ten minste 20 lestijden van de eerste cyclus deelnemen.

Afdeling 3. — Erkende bewijzen

Art. 41. Uitreiking van erkende bewijzen.

De aanbieders van goedgekeurde basis- en voortgezette opleidingen delen de Regering de gegevens mee van de deelnemers die een goedgekeurde basis- of voortgezette opleiding met succes hebben afgesloten en een door de Regering erkend bewijs willen verkrijgen. Aan deze personen reikt de Regering een erkend bewijs uit.

Art. 42. Inhoud van de erkende bewijzen.

De erkende bewijzen worden door de Regering uitgereikt en bevatten de volgende gegevens :

1° naam, voornamen, geboortedatum en -plaats van de cursist;

2° naam en voornamen van de verantwoordelijke stagebegeleider;

3° benaming van de aanbieder van de basis- of voortgezette opleiding;

4° benaming van de gevolgde basis- of voortgezette opleiding, inhoudelijke beschrijving, duur en doelstellingen ervan;

5° naam, voornamen en kwalificatie van de voordrachtgevers;

6° datum van de basis- of voortgezette opleiding en van de stage;

7° datum waarop het erkende bewijs uitgereikt wordt;

8° handtekening van de bevoegde Minister of van diens gemachtigde.

Naargelang van het erkende bewijs kan de Regering aanvullende gegevens vastleggen, voor zover het daarbij niet om persoonlijke gegevens gaat.

Afdeling 4. — Voortgezette opleidingen voor jeugdwerkers

Art. 43. Voortgezette opleidingen voor jeugdwerkers.

Opdat overeenkomstig de artikelen 13, 21 en 28, § 2, subsidie kan worden toegekend, moet de aangestelde jeugdwerker regelmatig bijscholingscursussen volgen die beantwoorden aan de eisen van de respectieve jeugdvoorziening. Die cursussen moeten om de drie jaar worden aangeboden en minstens 90 lestijden omvatten.

Jeugdwerkers die bij hun aanstelling in een ondersteunde jeugdvoorziening geen houder zijn van het in artikel 5, § 3, eerste lid, 2°, a), vermelde diploma van het hoger sociaal-pedagogisch onderwijs moeten uiterlijk in het jaar na hun aanstelling een voortgezette opleiding volgen over de bescherming van jonge mensen tegen verwaarlozing, geweld en seksueel misbruik.

Afdeling 5. — Ondersteuning van opleidingen en voortgezette opleidingen

Art. 44. Subsidies voor de organisatie van voortgezette opleidingen.

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering subsidies toekennen voor de organisatie van goedgekeurde voortgezette opleidingen waarvoor een aanvraag werd ingediend in het kader van de oproep vermeld in artikel 35, eerste lid.

Op alle publicaties die verband houden met ondersteunde voortgezette opleidingen moet het logo van de Duitstalige Gemeenschap met bijschrift "Deutschsprachige Gemeinschaft" worden geplaatst.

Art. 45. Subsidies voor het volgen van opleidingen en voortgezette opleidingen.

Voor het volgen van opleidingen overeenkomstig artikel 5, § 3, eerste lid, 2°, b), of voortgezette opleidingen overeenkomstig artikel 43 kan, met behoud van de toepassing van artikel 7, aan de werkgever van de betrokken jeugdwerker subsidie toegekend worden ten belope van hoogstens 650 euro per begrotingsjaar en per deelnemer.

HOOFDSTUK 4. — Ondersteuning van een Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 46. Principe.

In het Duitse taalgebied kan de Regering maar één Jeugdraad ondersteunen; die Jeugdraad voldoet aan de volgende voorwaarden :

1° hij is opgericht als vereniging zonder winstoogmerk met zetel in de Duitstalige Gemeenschap;

2° hij is niet gebonden aan een partij of een wereldbeschouwing en houdt rekening met de artikelen 6 en 7 van de wet van 16 juli 1973 waarbij de bescherming van de ideologische en filosofische strekkingen gewaarborgd wordt;

3° zijn leden zijn individuele jongeren en andere niet-ondersteunde organisaties van de Duitstalige Gemeenschap die voornamelijk in de jeugdsector werkzaam zijn, alsook minstens vier vijfde van alle jeugdvoorzieningen die overeenkomstig hoofdstuk 2, afdeling 2 tot 4, ondersteund worden;

4° hij vertegenwoordigt de belangen van de jonge mensen door als spreekbuis van de jonge mensen te fungeren;

5° hij neemt initiatieven die hij nuttig acht om de problemen van jongeren in de Duitstalige Gemeenschap te onderzoeken of op te lossen, alsook om de ontplooiingsmogelijkheden en de participatie van de jongeren in de Duitstalige Gemeenschap uit te bouwen;

6° hij verwezenlijkt projecten voor en met jonge mensen en zijn leden en staat daarbij open voor alle jongeren;

7° hij neemt initiatieven en ontwikkelt methoden die hij nodig acht om zijn doelstellingen te verwezenlijken en dit op regionaal, nationaal, Europees en internationaal vlak.

Art. 47. Advies.

De Jeugdraad kan uit eigen beweging adviezen verstrekken over alle onderwerpen die betrekking hebben op de jonge mensen in de Duitstalige Gemeenschap.

Bij decreetontwerpen en decreetvoorstellen die invloed hebben op de situatie van de jeugdvoorzieningen en de Jeugdraad, wint de bevoegde minister of de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het advies van de Jeugdraad in. De Jeugdraad verstrekt het advies binnen veertig dagen na ontvangst van de adviesaanvraag.

De voorzitter van het Parlement of de Regering van de Duitstalige Gemeenschap kan de Jeugdraad belasten met het uitwerken van adviezen over onderwerpen die van belang zijn voor de jeugd.

Art. 48. Subsidie.

Met behoud van de toepassing van artikel 7 ontvangt de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap een jaarlijkse forfaitaire subsidie van 15.000 euro. In die forfaitaire subsidie zijn de reisvergoedingen en het presentiegeld van de leden inbegrepen.

Art. 49. Plichten.

De Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap :

1° staat de Regering en het Parlement terzijde met advies;

2° licht de Regering in over zijn activiteiten en besluiten;

3° licht de Regering in over zijn statuten en alle wijzigingen van die statuten;

4° komt minstens één keer per jaar bijeen met de Regering en bespreekt, op basis van een sectoroverschrijdende benadering, de lokale, regionale, nationale, Europese en internationale ontwikkelingen inzake jeugdbeleid. Op die bijeenkomsten kunnen ook andere jeugdvoorzieningen en experts uitgenodigd worden;

5° biedt een door de Regering aangewezen dienst te allen tijde de mogelijkheid om controle uit te oefenen en zijn boekhouding in te kijken;

6° werkt actief mee aan het uitwerken, implementeren en evalueren van het strategisch plan.

HOOFDSTUK 5. — Jeugdcommissie van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 50. Oprichting.

Er wordt een jeugdcommissie van de Duitstalige Gemeenschap opgericht. De Regering zorgt voor de begeleiding van de commissie.

Art. 51. Taken.

De jeugdcommissie heeft de volgende taken :

1° de basisopleiding overeenkomstig artikel 39, alsook de voortgezette opleiding tot stagebegeleider overeenkomstig artikel 40 in opdracht van de Regering organiseren en evalueren;

2° de voortgezette opleidingen voor jongeren, stagebegeleiders en vrijwillige jeugdleiders organiseren en evalueren;

3° overeenkomstig de artikelen 36, § 2, en 38, derde lid, advies uitbrengen over voortgezette opleidingen die door andere aanbieders worden georganiseerd en die opleidingen coördineren en evalueren;

4° in opdracht van de Regering of op eigen initiatief adviezen formuleren over het thema "opleiding en voortgezette opleiding voor jongeren".

Met voorafgaande toestemming van de Regering kan de jeugdcommissie deskundigen met de organisatie van voortgezette opleidingen belasten.

Art. 52. Leden.

§ 1. De jeugdcommissie bestaat uit ten minste vier en ten hoogste negen leden. Deze leden worden door de Regering aangewezen na een openbare oproep tot de jeugdvoorzieningen. De Regering wijst de voorzitter aan onder de leden van de jeugdcommissie.

Eén lid wordt op de voordracht van de Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen. Een ander lid vertegenwoordigt de diensten van de Regering. De overige leden beschikken over sociaal-pedagogische kwalificaties.

Meer dan de helft van de leden van de jeugdcommissie, met uitzondering van de vertegenwoordiger van de diensten van de Regering, bestaat uit vertegenwoordigers van ondersteunde jeugdvoorzieningen.

§ 2. Het mandaat duurt drie jaar. Het is toegestaan een lid opnieuw aan te wijzen.

Als een lid zijn mandaat vroegtijdig beëindigt, wordt het mandaat door een nieuw aangewezen lid voleindigd.

Art. 53. Werkwijze.

De jeugdcommissie komt ten minste vier keer per jaar bijeen op uitnodiging van de voorzitter. De voorzitter kan aanvullende vergaderingen bijeenroepen. De gewone vergaderingen zijn niet openbaar.

Met toestemming van de Regering of van haar gemachtigde kunnen deskundigen worden uitgenodigd.

De jeugdcommissie neemt haar beslissingen per consensus. De jeugdcommissie kan slechts geldig beraadslagen als de helft van de leden aanwezig is, met een quorum van drie leden.

Zij stelt haar eigen huishoudelijk reglement op dat ter goedkeuring moet worden voorgelegd aan de Regering.

Art. 54. Notulen, evaluatie.

Na elke vergadering legt de jeugdcommissie de notulen, die inzonderheid de adviezen bevatten, aan de Regering voor. Ten laatste op 1 maart van het volgende jaar legt ze aan de Regering een evaluatie van de basis- en voortgezette opleidingen van het vorige jaar voor.

Art. 55. Vergoedingen.

De leden van de jeugdcommissie en de personen die met toepassing van artikel 53, tweede lid, aan de vergaderingen deelnemen, krijgen presentiegeld en reisvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen.

HOOFDSTUK 6. — *Slotbepalingen***Art. 56.** Algemeen.

De subsidies die krachtens dit decreet moeten worden uitbetaald, vervangen alle uitkeringen waarop de subsidieontvangers recht hebben op grond van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten en het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers alsook van de jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten.

Art. 57. Toezicht.

De Regering kan te allen tijde laten onderzoeken of de in dit decreet gestelde voorwaarden al dan niet vervuld zijn.

Art. 58. Wijziging van het decreet van 16 december 1991.

In artikel 17, § 1, eerste lid, zesde streepje, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de woorden "Duitstalige Jeugdraad" vervangen door het woord "Jeugdraad".

HOOFDSTUK 7. — *Wijzigings- en opheffingsbepalingen***Art. 59.** Wijziging van het opschrift van het decreet van 23 maart 1992.

In het opschrift van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij de decreten van 14 december 1998, 7 mei 2007 en 17 november 2008, worden de woorden "alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten" geschrapt zonder te worden vervangen.

Art. 60. Wijziging van artikel 1 van het decreet van 23 maart 1992.

In artikel 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 14 december 1998, 7 mei 2007 en 17 november 2008, worden de woorden "alsook de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten" geschrapt zonder te worden vervangen.

Art. 61. Opheffing van artikel 9 van het decreet van 23 maart 1992.

Artikel 9 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 4 maart 1996, 14 december 1998 en 20 februari 2006, wordt opgeheven.

Art. 62. Opheffing van artikel 10 van het decreet van 23 maart 1992.

Artikel 10 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 4 maart 1996 en gewijzigd bij de decreten van 14 december 1998, 20 februari 2006, 27 april 2009 en 15 maart 2010, wordt opgeheven.

Art. 63. Wijziging van artikel 11 van het decreet van 23 maart 1992.

In artikel 11 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 4 maart 1996, worden de woorden "de artikelen 6 tot 10" vervangen door de woorden "artikel 7".

Art. 64. Opheffing van artikel 11*bis* van het decreet van 23 maart 1992.

Artikel 11*bis* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2006, wordt opgeheven.

Art. 65. Opheffing van het decreet van 14 december 1998.

Het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij de decreten van 7 januari 2002, 1 maart 2004, 20 februari 2006 en 27 april 2009, wordt opgeheven.

Art. 66. Wijziging van het decreet van 19 april 2004.

In artikel 27, § 2, 3^o, van het sportdecreet van 19 april 2004 worden de woorden "certificaat jeugdanimator" vervangen door de woorden "erkend bewijs "vrijwillige jeugdleader"".

Art. 67. Wijziging van het decreet van 27 juni 2005.

In artikel 111, § 1, derde lid, 5^o, van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de woorden "de Raad van de Duitstalige jeugd" vervangen door de woorden "de als Jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap erkende vereniging".

Art. 68. Opheffing van het koninklijk besluit van 30 december 1983.

Het koninklijk besluit van 30 december 1983 houdende oprichting van een Duitstalige Jeugdraad, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 29 mei 1996, 24 september 2002 en 5 juli 2005, wordt opgeheven.

Art. 69. Wijziging van het opschrift van het besluit van de Regering van 6 juli 1992.

In het opschrift van het besluit van de Regering van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra worden de woorden "musea," en "gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra" opgeheven.

Art. 70. Wijziging van het besluit van de Regering van 8 december 1993.

In het besluit van de Regering van 8 december 1993 houdende vastlegging van overgangsbepalingen voor het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift van het besluit worden de woorden "musea," en ", gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra" opgeheven;

2° in artikel 1 worden de woorden "musea," en ", gewestelijke organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra" opgeheven.

Art. 71. Wijziging van het besluit van de Regering van 2 september 1994.

In artikel 2, eerste lid, tweede streepje, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 2 september 1994 tot oprichting van een Leercommissie bij toepassing van artikel 34 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s worden de woorden "Raad van de Duitstalige Jeugd" vervangen door het woord "Jeugdraad".

Art. 72. Opheffing van het besluit van de Regering van 18 mei 1999.

Het besluit van de Regering van 18 mei 1999 betreffende de erkenning en de subsidiëring van de jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten wordt opgeheven.

Art. 73. Opheffing van het besluit van de Regering van 9 juni 1999.

Het besluit van de Regering van 9 juni 1999 houdende vastlegging van overgangsbepalingen voor het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 8. — *Overgangsbepalingen***Art. 74.** Subsidies voor het jaar 2012.

§ 1. Jeugdorganisaties die tot 31 mei 2012 en informatiecentra voor jongeren en aanbieders van open jeugdwerk die tot 31 maart 2012 met toepassing van dit decreet een concept indienen, krijgen de subsidies voor het kalenderjaar 2012 op basis van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten en het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten. Bij wijze van overgangsregeling ontvangen ze een jaarlijkse subsidie die even hoog is als de jaarlijkse subsidie die voor het jaar 2011 is toegekend. Jeugdcentra die in de periode van 1 januari 2011 tot en met 31 december 2011 geen erkende aanbieder van open jeugdwerk, maar partner bij een prestatieovereenkomst zijn, ontvangen voor het kalenderjaar 2012 de jaarlijkse toelage vermeld in artikel 15 van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij artikel 47 van het programmadecreet van 7 januari 2002 en artikel 14 van het programmadecreet van 1 maart 2004, waarbij de coëfficiënt vermeld in artikel 20 van dat decreet de coëfficiënt van het begrotingsjaar 2011 is. Voor informatiecentra voor jongeren die tot en met 1 januari 2012 in het kader van een prestatieovereenkomst in de zin van artikel 19 werkzaam zijn, kunnen de jaarlijkse toelage en de personeelssubsidie aangepast worden.

Jeugdcentra die erkend zijn op grond van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten worden tot 31 december 2012 beschouwd als aanbieders van open jeugdwerk in de zin van dit decreet.

Indien het concept niet tijdig wordt ingediend, wordt de subsidiëring vanaf 1 juni 2012 stopgezet.

§ 2. Jeugdorganisaties die overeenkomstig de eerste zin van § 1, eerste lid, een concept indienen, ontvangen voor het kalenderjaar 2012 dezelfde kampsubsidie als in 2011.

Art. 75. Procedure indien vóór de inwerkingtreding van dit decreet geen prestatieovereenkomst is gesloten.

Indien er vóór de inwerkingtreding van dit decreet geen prestatieovereenkomst ("opdracht voor aanneming van diensten") in de zin van artikel 15, § 1, van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten of geen overeenkomst in de zin van artikel 18bis van hetzelfde decreet voorhanden is, wordt het eerste concept in de zin van artikel 24 van dit decreet aan de betrokken gemeente bezorgd zodat ze haar standpunt te kennen kan geven.

Indien uiterlijk op de dag van inwerkingtreding van dit decreet geen prestatieovereenkomst in de zin van artikel 16, § 1, van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten voorhanden is, wordt het eerste concept in de zin van artikel 17 van dit decreet aan de gemeenten van het betrokken kanton bezorgd zodat ze hun standpunt te kennen kunnen geven.

Indien er vóór de inwerkingtreding van dit decreet een prestatieovereenkomst in de zin van de artikelen 15, § 1, en 16, § 1, of een overeenkomst in de zin van artikel 18bis van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten voorhanden is, moet onder "begeleidingscomité" in de zin van de artikelen 20 en 27 van dit decreet het begeleidingscomité worden verstaan dat is samengesteld uit de partners bij de bestaande prestatieovereenkomst.

Art. 76. Jeugdvoorzieningen die niet als vereniging zonder winstoogmerk zijn opgericht.

Jeugdvoorzieningen die een vereniging zonder winstoogmerk moeten oprichten om vanaf 1 januari 2013 aan de voorwaarden van dit decreet te voldoen, moeten de statuten, alsook het bewijs dat ze de statuten bij de rechtbank van koophandel hebben neergelegd, tegen 31 maart 2012 bij de Regering indienen.

Art. 77. Ondersteuningscriteria voor bestaande jeugdvoorzieningen.

Jeugdvoorzieningen die erkend waren op basis van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, hoeven eerst op 1 januari 2013 aan de ondersteuningscriteria te voldoen.

Art. 78. Ondersteuningscriteria voor nieuwe aanbieders van open jeugdwerk.

In de gemeenten waar reeds vóór de inwerkingtreding van dit decreet jeugdcentra werkzaam zijn overeenkomstig het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, hoeven nieuw opgerichte aanbieders van open jeugdwerk voor de subsidiëring van het jaar 2013 niet te voldoen aan het ondersteuningscriterium vermeld in artikel 5, § 1, 8°, van dit decreet.

Art. 79. Toepassing van artikel 5, § 3.

De voorwaarden vermeld in artikel 5, § 3, gelden niet voor de subsidiëring van personeelskosten van jeugdwerkers die vóór de inwerkingtreding van dit decreet gesubsidieerd werden op basis van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten.

Art. 80. Strategisch plan.

Het eerste strategisch plan wordt uiterlijk op 30 september 2012 bekendgemaakt en is nog niet gebaseerd op de sociaal-ruimtelijke analyses bedoeld in artikel 23.

Art. 81. Inwerkingtreding.

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2012. Artikel 14, eerste lid, 3°, treedt in werking op 1 januari 2013.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen op 6 december 2011.

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President,
Minister van Lokale Besturen

O. PAASCH,
Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid
Mevr. I. WEYKMANS,
Minister van Cultuur, Media en Toerisme

H. MOLLERS,
Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

 Nota

Zitting 2011-2012.

Parlementaire stukken : 86 (2010-2011), nr. 1 Ontwerp van decreet.

86 (2011-2012), nrs. 2-8 Voorstellen tot wijziging.

86 (2011-2012), nr. 9 Verslag.

86 (2011-2012), nr. 10 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : 6 december 2011, nr. 31 Bespreking en aanneming.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST
SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

F. 2012 — 173

[C – 2011/27240]

**25 NOVEMBRE 2011. — Arrêté ministériel
portant création des zones humides d'intérêt biologique du "Plateau de Saint-Hubert" à Saint-Hubert**

Le Ministre des Travaux publics, de l'Agriculture, de la Ruralité, de la Nature et du Patrimoine,

Vu la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, l'article 6, alinéa 3, l'article 33, modifié par les décrets des 11 avril et 6 décembre 2001, l'article 51 modifié par les décrets du 11 avril 1984 et 6 décembre 2001;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 8 juin 1989 relatif à la protection des zones humides d'intérêt biologique, l'article 4 modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 10 juillet 1997;

Considérant la convention de location et de gestion signée le 18 mars 2011 entre la commune de Saint-Hubert et la Région wallonne;

Considérant l'avis du Conseil supérieur wallon de la Conservation de la Nature, donné le 10 mai 2011;

Considérant la décision de la commune de Saint-Hubert, propriétaire des terrains, de ne pas les ériger en réserve naturelle domaniale mais bien en zone humide d'intérêt biologique;

Considérant que le statut de zone humide d'intérêt biologique constitue un statut de protection suffisamment fort pour garantir la préservation des habitats et des espèces à protéger;